



**Verabschiedung der
Haushaltssatzung für das
Haushaltsjahr 2019
sowie die Fortschreibung des
Haushaltssanierungsplanes**

Reden der Vorsitzenden der Ratsfraktionen
in der Sitzung des Rates am 27. November 2018

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion	3
Rainer Hübinger, Vorsitzender der SPD-Fraktion	10
Dr. Esther Kanschat, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	15
August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders	18
Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion	21
Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE	25
Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion	28
Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die Piraten	29

Hinweis für alle Reden:

1. Es gilt das gesprochene Wort.
2. Für die Texte sind ausschließlich die jeweiligen Fraktionen verantwortlich.

Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion

Verehrte Damen und Herren des Rates,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Gäste auf der Empore und Pressevertreter,

unsere Gesellschaft unterliegt einem Wandel. Sie ist sozial ungleicher, individueller, digitaler, älter und vielfältiger geworden. Wir alle sehen die Veränderungen, aber die Veränderung der Rahmenbedingungen bringt auch zahlreiche Anpassungs- und Reformbedarfe mit sich, die für keinen von uns leicht zu identifizieren und erst recht nicht umzusetzen sind. Und gleichzeitig sind viele Probleme nicht auf unserer politischen Ebene lösbar, nicht einmal mehr auf der Ebene der Nationalstaaten!

Populismus in der Mitte der Politik – Wir bleiben sachorientiert!

Diese Veränderung in der Gesellschaft schafft Raum für Populismus, auch wenn es uns in Deutschland so gut wie nie zu vorgeht. Der Ton in den politischen Auseinandersetzungen wird rauer. Während früher nur am Stammtisch in der Kneipe um die Ecke gepöbelt wurde, bietet heute das Internet ganz andere Verbreitungsmöglichkeiten und Wege für gegenseitige Bestätigung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte diese Entwicklung für unsere Demokratie für sehr gefährlich. Es braucht einen langen Atem mit Sachlichkeit, Anstand und echten politischen Auseinandersetzungen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, wir schätzen die Beteiligung der Bürger sehr, aber falsche Versprechungen und angebliche schnelle Lösungen sind der falsche Weg.

Damit verbunden ist eine sinkende Problemlösungsfähigkeit und für uns alle spürbar, ein Defizit in der politischen Gestaltungsfähigkeit! Der populistische Ruf aus der Mitte der Gesellschaft wird daher immer lauter von Seiten der Modernisierungsskeptiker, wie wir es täglich in den sozialen Medien und vor allem auch durch persönliche Anfeindungen als Kommunalpolitiker **oder** Mitarbeiter der Stadtverwaltung erleben und ertragen müssen.

Akzeptanz für Entscheidungsprozesse - Wahrnehmungsdefizite lösen

Für das Funktionieren und die Akzeptanz unserer repräsentativen Demokratie ist die Wahrnehmbarkeit der gefassten Entscheidungen im Stadtrat daher eine zentrale Voraussetzung. Aber meine Damen und Herren, wir müssen uns selbstkritisch fragen und reflektieren: Wie sichtbar und transparent sind unsere Entscheidungen für die Bürger? Ist unsere Art der Diskussionskultur überhaupt noch zeitgemäß? Wie können wir für Bürger komplexe Sachentscheidungen aufbereiten, ohne Transparenz einzubüßen und ohne Populismus zu verbreiten?

Nun meine Damen und Herren und Kollegen, natürlich können wir die politische Diskussion im Rat via Internet zu jedem interessierten Bürger direkt nach Hause übertragen, aber das löst nicht das Problem. Die Erfolge in anderen Städten sind sehr begrenzt und die Kosten sehr hoch. Im Vergleich zu der Millionenstadt Köln liegt die Zahl der Zuschauer bei einer Haushaltsdebatte bei 155 Bürgern und die Kosten liegen in Monheim bei 2600 € pro Sitzung. Der Nutzen in Bezug auf die Bürgerbeteiligung steht demnach in keinem Verhältnis zu den Kosten.

Das zentrale Problem der Komplexität der Entscheidungen löst sich damit leider nicht. Ganz im Gegenteil! Der populistische Ton in diesem Hause würde einziehen, die Sitzungskosten um 200.000 Euro steigen und die Hetze gegen ehrenamtlich engagierte Bürger dieses Rates würde sich schlimmstenfalls viral verbreiten. Der Titel des Kölner Stadtanzeigers spricht aus,

was viele Bürger denken „Opa´s Kino – zum Einschlafen“. Das sagt wohl alles! Das zeigt deutlich, dass wir andere Informationswege finden müssen.

Wir benötigen zielgerichtet mehr Bürgerfreundlichkeit, dazu gehört neben mehr Serviceorientierung auch eine Aufbereitung der komplexen Inhalte. Daher setzen wir uns für eine transparentere Darstellung von Fakten ein. Die Einführung eines Datenblattes zu komplexen Vorlagen soll helfen, die Inhalte wertneutral als Fact-Sheet aufbereitet darzustellen. Hierzu bitten wir den Bürgermeister dies umzusetzen.

Bürgerfreundlichkeit verbessern – (digitales) Rathaus als Dienstleister

Der vorliegende Haushalt – dem wir nebenbei bemerkt selbstverständlich zustimmen werden, da er wesentlich unsere Handschrift trägt – beinhaltet weitere wichtige Schritte zur Optimierung der Bürgerfreundlichkeit, nämlich den Wandel der Stadtverwaltung hin zu einem bürger-nahen Dienstleister.

Die Verbesserung des Kundenservice durch den Ausbau des Online Formularservices bringt automatisch eine Reduzierung des Wegeaufwands für Behördenanträge mit sich. D.h. nur bei wirklich notwendigen Behördengängen muss man persönlich erscheinen, ganz nach dem Vorbild des Finanzamtes und Online-Bankings. Wartezeiten werden so kurzgehalten. Auch der Hinweis zu Terminerinnerung und über benötigte Unterlagen ist ein Gewinn in der Bürgerfreundlichkeit. Zur besseren Orientierung innerhalb der Stadtverwaltung haben wir als weiteren Schritt neue Informationstafeln zur Orientierung beantragt.

Kundenfreundlicher werden bedeutet vor allem auch das Ordnungsamt zu zentralisieren, dem wird nun endlich Rechnung getragen. D.h. Das Gebäude an der Nedderstraße wird als Standort aufgegeben und die Abteilungen Sachbearbeitung und Ermittlungsdienst sollen künftig räumlich zusammen liegen.

Auch wenn die Online-Terminvergabe des Bürgerbüros einige wenige Startschwierigkeiten hatte, so hat es sich sehr gut eingespielt und ist ein voller Erfolg.

Ich würde nur darum bitten, dass man einen Schalter vorsieht, an dem die bestellten Dokumente abgeholt werden können, ohne einen weiteren Termin zu vereinbaren!

Durch die Digitalisierung im Rathaus werden sich auch interne Verwaltungsprozesse und Arbeitsabläufe verbessern. Zunächst allerdings kommen auf die Stadt Velbert initiale Aufwände u.a. bei der Einführung und Umstellung auf die E-Rechnung zu (Einführungspflicht bis 2020). Unter dem Strich ergibt sich eine spürbare Leistungssteigerung und Verkürzung der Bearbeitungszeiten für den Bürger!

Meine Damen und Herren, wie lange man als Politiker Durchhaltevermögen mitbringen muss, zeigt das neu eingeführte Smart-Parken in Velbert. Vor über 8 Jahren haben wir bereits den Antrag auf Einführung des virtuellen Parktickets und erst jetzt wurde es eingeführt!

Steigerung der Bürgerfreundlichkeit bedeutet auch, mehr Informationen an Bürger und Externe zu übermitteln. Daher bitten wir um Erstellung einer Konzeption zur Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit. Auch dazu haben wir in der Vergangenheit einen Antrag gestellt und deutlich gemacht, wo wir weitreichendere Vorschläge vermissen.

Ein anschauliches Beispiel für eine fehlende Information der Öffentlichkeit zeigt sich an der Unsicherheit der Elternschaft im Rahmen der Einführung einer weiteren Gesamtschule.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie müssen gemeinsam mit den Fachverwaltungen Entscheidungen besser vermarkten – auch in den Sozialen Medien. „Themen-Podcasts“ im Info-Format über wesentliche Inhalte aus den Sitzungen. Dies wäre eine Möglichkeit. So kann man über die Social-Media-Kanäle mit vergleichsweise geringem Budget große Wirkung und Verbreitung erzielen. Somit muss die inhaltliche Einbindung in die Sozialen Medien eine tragende Säule der Öffentlichkeitsarbeit werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, richten sie bitte die digitale Kommunikation der Stadt Velbert strategisch aus. Definieren sie in einem entsprechenden Konzept auch, welche messbaren Ziele und Zielgruppen erreicht werden sollen – einschließlich einer Krisenkommunikation. Themen auszusetzen, falsche populistische Informationen sachlich nicht richtig zu rücken, schadet dem politischen System und der Stadtverwaltung. Damit meine ich auch, dass sich der Blickwinkel für alle Beteiligten ändern muss, d.h. hinsichtlich Innen – und Außenwahrnehmung. Und vor allem die Reaktionszeiten müssen sich verkürzen! Wobei ich nicht verkennen möchte, dass sich in den letzten Monaten bereits gute Ansätze gezeigt haben.

Nur mit viel Engagement aller Beteiligten wird man dem Sichtbarkeitsproblem politischer Entscheidungen begegnen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den zentralen Problemen in unseren Gesprächen mit den Bürgern, zählt das Thema „Sauberkeit“ und damit das Erscheinungsbild unserer Stadt.

Velbert wird sauberer!

Das kann ich Ihnen versprechen!

Meine Damen und Herren, wir haben uns dem Thema intensiv gewidmet und die Verwaltung, auch die Technischen Betriebe AöR, in die Pflicht genommen. Zahlreiche Maßnahmen sind aufgrund unserer Initiative aktuell in der Umsetzung. Dazu zählen zum Beispiel

1. Mehr Personal im Kommunalen Ordnungsdienst!
2. Die Verschönerung der Containerstandorte! Und häufigere Entleerung!
3. Die Steigerung der Reinigungsintervalle in der Innenstadt!
4. Harte Bußgeldstrafen für illegale Müllentsorgung!
5. Entwicklung einer Müll-App, als Meldestelle für Verunreinigungen!

Wir schaffen optimale Voraussetzungen für Familien!

Die Familie ist der zentrale Ort des Aufwachsens für alle Kinder! Sie hat zusammen mit dem Sozial- und Lebensraum sowie guten Bildungsinstitutionen entscheidenden Einfluss auf das Aufwachsen, die Entwicklung und die Bildung von Kindern. Gemeinsam mit den ortsansässigen Sozialverbänden haben wir hier ein gutes Leistungs- und Kooperationsnetzwerk geschaffen, welches wir aktuell ausbauen und weiterentwickeln werden. Unser Ziel ist es, Familien und Kinder passgenau und bedarfsgerecht zu unterstützen. Dazu gehört ein weiterer Ausbau qualitativ guter Kitas und (Ganztags-)Schulen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter ist eines der wichtigen Bedürfnisse von Familien heute.

Die Schaffung einheitlicher Standards im Bereich des offenen Ganztages und der Übermittagsbetreuung ist dabei ein zentrales Anliegen unserer Schulpolitiker und wurde daher einstimmig beschlossen. Wir hoffen, dass die neuen Verträge zur OGS dies einheitlich regeln werden, unabhängig vom Träger.

Optimale Voraussetzungen sind vor allem niederschwellige und passgenaue Hilfen dort, wo die Menschen leben. Das Herzstück unserer Sozialpolitik ist seit langem die Stadtteilsozialarbeit, die als „sozialraumorientierte Jugendhilfe“ mit niederschweligen Hilfestrukturen weiter ausgebaut werden muss. Dazu benötigen wir externen Sachverstand durch das Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen. Nur so werden wir werden wir die Strukturen entsprechend dem Bedarf sinnvoll anpassen können. Bereits im September 2015 haben wir den Auftrag im Fachausschuss dazu erteilt, Prof. Dr. Hinte und sein Institut an dem Prozess zu beteiligen. Leider ist es bis heute nicht dazu gekommen. Stimmen in meiner Fraktion behaupten, dass die Fachverwaltung das Thema aussitzen möchte. Ich hoffe sehr, dass dies eine Fehleinschätzung ist. Denn die sozialen Fragen sind die wichtigsten Brückenthemen in unserer Gesellschaft, welche sich kulturell und sozial immer tiefer spaltet. Hier müssen sich alle Beteiligten auf die Problemlösungen fokussieren!

Meine Damen und Herren,

nun möchte ich Ihnen unseren Standpunkt zur Gewerbeflächenentwicklung in Velbert erläutern. Und vermutlich denken sie: „was für ein inhaltlicher Schlenker - von der Sozialpolitik hin zur Wirtschaftsförderungspolitik“. Aber:

Wirtschaftsförderungspolitik ist eben auch Sozialpolitik

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Problematik der wirtschaftlichen Entwicklung von Velbert erkennt man schnell, wenn man sich folgendes vor Augen führt:

Velbert ist eine Industriestadt! Jeder zweite Arbeitsplatz hängt an der Industrie, das ist Fakt! Auf der einen Seite ist es die wirtschaftliche Stärke von Velbert, die wir selbstverständlich unterstützen. Aber auf der anderen Seite müssen wir derartig hohe Beschäftigtenanteile in nur einer Branche (der Metallerzeugung und –verarbeitung) auch kritisch sehen, denn damit verbunden sind besondere Risiken und Abhängigkeiten für die Bürger der Stadt Velbert.

Hinzu kommt, dass diese dominierende Branche seit Jahren regelmäßig deutlich Beschäftigte abbaut und verlagert. Somit ist Wirtschaftsförderung zugleich Sozialpolitik.

Auch wenn die Clusterpolitik und das Engagement des Vereins „Schlüsselregion e.V.“ sehr von uns begrüßt wird und das Netzwerk die Stärken der Unternehmen im Bereich der Schließ- und Sicherheitstechnik vor Ort bündelt und ausbaut, so müssen wir uns zwingend notwendig mit einer strategischen Bodenvorratspolitik beschäftigen. Denn im Anbetracht der großen Abhängigkeit von einer Branche müssen wir die Wirtschaftspolitik um eine Strategie der Diversifizierung d.h. Ansiedlungsvielfalt ergänzen.

Das heißt wir stehen wirtschaftspolitisch vor folgenden Herausforderungen:

1. Unterstützung der Hauptbranche, die Schloss- und Beschlagindustrie, bei der Behauptung im laufenden Branchen-Strukturwandel.
2. Gleichzeitig muss die Ansiedlung und Förderung anderer Industriezweige erfolgen.
3. Zudem müssen die Bedingungen für die Entwicklung insbesondere unternehmensorientierter Dienstleistungsbereiche systematisch verbessert werden.

Diese Strategie muss sich auch in unserer Flächenstrategie widerspiegeln! Damit setzen wir uns für eine strategische Bodenvorratspolitik ein, die eine nachhaltige Entwicklung von Gewerbeflächen ermöglicht. Dafür braucht es selbstverständlich einen wechselseitigen Nutzen von Ökonomie und Ökologie.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion steht seit Jahrzehnten zu dem Grundsatz „Innenentwicklung- vor Außenentwicklung“, das zeigt sich an dem erfolgten Flächenrecycling und der Reaktivierung verschiedenster innerstädtischer Brachflächen, die einst als Gießereianlagen das Stadtbild prägten.

An dieser Stelle möchte ich aus dem Untersuchungsbericht „Gewerbe- und Industrieflächenkonzept des Kreises Mettmann“ zitieren. Darin heißt es für Velbert. Es „wurden weder uneingeschränkt noch bedingt zukunftsfähige Reserven ermittelt.“¹ „Im Bestand wurde lediglich eine Freifläche mit 1,9 ha identifiziert, die ohne Einschränkung vermarktbare war.“ „Die verbleibenden 42,4 ha an Freiflächen unterliegen Einschränkungen wie z.B. schwierigen Eigentümerverhältnissen hinsichtlich der Lagefaktoren und/oder der Aktivierbarkeit.“ Dazu zählt die Fläche entlang der Langenberger Straße, für die wir aktuell den Auftrag zur Änderung des Flächennutzungsplanes erteilt haben. Sie soll als Fläche – in verkehrsgünstiger Lage - für Neuansiedlungen und expandierende Unternehmen dienen.

Meine Damen und Herren, fehlt auch weiterhin Entwicklungsfläche, werden die Firmen andernorts Erweiterungsareale in der Nachbarschaft finden. Die Stellungnahme der Mitgliedsunternehmen der Schlüsselregion e.V. macht dies deutlich. Ich bin an dieser Stelle dem Verein sehr dankbar, alle Unternehmen hinsichtlich des künftigen Erweiterungsbedarfs abgefragt zu haben. Damit haben sie einen sachlich wichtigen Beitrag für die Diskussion über die Notwendigkeit des Gewerbegebietes geleistet.

Die Konsequenzen wären verheerend: weiterer Abbau der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe, die nicht aufgefangen werden können und massive Gewerbesteuerbrüche, die allerdings die wesentliche Einnahme zur Finanzierung kommunaler Infrastruktur wie Schulen und Kitas darstellen.

Mitmachen – Mitbestimmen – Mitgestalten bei den integrierten Handlungskonzepten

Meine Damen und Herren, Velbert ist eine engagierte Stadt! Das integrierte Handlungskonzept für Velbert Mitte belegt es, das Gestalten und Erleben der Marke „Innenstadt Velbert-Mitte“ im Rahmen der Innenstadtkonferenz zeigte eine überwältigende Beteiligung der Bürgerschaft. So folgten 100 Gäste, darunter zahlreiche interessierte Bürger und Ladeninhaber, der Einladung des Bürgermeisters, um ihre Innenstadt aktiv mitzugestalten.

Die positive Resonanz aus der Bürgerschaft bestätigt das. Ein Bürgerkommentar kürzlich: „so viel Außen-Gastronomie gab es noch nie in der Fußgängerzone“, hat mich veranlasst einmal zu Zählen: 12 Betriebe mit Außengastronomie zzgl. Zwei weitere in der StadtGalerie! Das gab es wahrscheinlich wirklich noch nie.

Die zahlreichen Maßnahmen des integrierten Handlungskonzeptes zeigen nach und nach Wirkung. Die Fußgängerzone bekommt langsam ein neues Gesicht!

Das Herzstück, der Platz am Offers, wird in seiner neuen Form sehr positiv wahrgenommen. Und wenn sie einmal bewusst den Blick nach oben richten, werden sie wunderschöne Fassaden entdecken. Nun müssen wir noch die Bautätigkeit an der StadtGalerie abwarten, bis sich im März die Tore öffnen und ein weiterer wesentlicher Baustein zur Attraktivierung der Innenstadt fertiggestellt wird.

¹ Quelle: Gewerbe- und Industrieflächenkonzept des Kreises Mettmann

Sehr geehrter Herr Ostermann, an dieser Stelle möchte ich Ihnen als Chef der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings die Wichtigkeit eines strategischen und engagierten Citymanagements deutlich machen. Die Vernetzung aller wichtigen Akteure, d.h. auch zwischen dem Centermanagements der StadtGalerie, der Werbevereinigung „Velbert aktiv“ und der unorganisierten Händlerschaft, ist unersetzlich. Stadtmarketing darf nicht nur die Organisation des Schlangenfestes und verkaufsoffenen Sonntage sein.

Das Velberter Stadtmarketing muss als Baustein einer strategischen Ausrichtung der Stadtentwicklung verstanden werden. Nur dann stellen sich nachhaltige Erfolge unter Beteiligung aller Akteure ein.

Sehr erfreut bin ich über das ehrenamtliche Engagement der Werbegemeinschaft „Velbert aktiv“. So wird es zwar keinen üblichen Weihnachtsmarkt mit Verkaufsständen gegeben, aber der „Adventstreff“ mit kulinarischen Köstlichkeiten, weihnachtlichem Ambiente und Kinderkarussell auf dem neuen Platz am Offers wird sicher eine Bereicherung in der Vorweihnachtszeit für die Fußgängerzone sein – und das, über einen Zeitraum von fast fünf Wochen!

Ebenso freue ich mich sehr, dass es bald regelmäßig einen „Feierabendmarkt“ ebenfalls auf dem Offersplatz geben wird. An dieser Stelle bitte ich die Verwaltung, vorerst so weit wie möglich auf Verwaltungsgebühren zu verzichten, damit der Markt starten und sich etablieren kann.

An dieser Stelle appelliere ich ausdrücklich an die ansässigen Händler in der Innenstadt, bitte beteiligen Sie sich an den Aktionen der Werbegemeinschaft und unterstützen sie das vorhandene Engagement!

450.000 € Sofortmaßnahmen für Neviges

Mitmachen -Mitbestimmen und Mitgestalten gilt ebenso für das integrierte Handlungskonzept Neviges. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion haben wir uns auf eine kurzfristige Umsetzung von Maßnahmen für Neviges verständigt. Dieses Sofort-Maßnahmen-Paket in Höhe von 450.000 € soll unter anderem für die Attraktivierung der Nevigeser Innenstadt eingesetzt werden. Für die übrigen Maßnahmen gilt es schnellstmöglich Fördermittelanträge zu stellen.

Auch bin ich guter Dinge, dass Herr Ostermann, uns Details einer mehrheitsfähige Neukonzeption für das Schloss Hardenberg in Kooperation mit dem Kreis Mettmann im Sinne eines Umweltbildungszentrums als Bestandteil des Neanderlandes präsentieren wird. Liebe Nevigeser, wäre es nach uns gegangen hätten wir längst begonnen die 8 Mio. € in die Sanierung des Schlosses und in die Entwicklung eines naturnahen Freizeit- und Erlebnisparks investiert. Auch die Umfragen zeigten mit über 70 % die Zustimmung für diese Idee.

Der Grund für die Verzögerung findet sich – ganz ehrlich – bei den handelnden Personen und damit auch den Beratern. Daher möchte ich an dieser Stelle Herrn Ostermann ausdrücklich für sein Engagement und seine Tatkraft danken. Hier zeigt sich, dass der Blick von außen frischen Wind mit sich bringt.

Freunde in aller Welt – europaaktive Kommune

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Velbert, mit der Auszeichnung und Prädikat des Landes als europaaktive Kommune, zeigt, Städtepartnerschaften sind nicht staubig, sondern ein lebendiges Instrument für das Europa der Bürger! Wenn man es richtig macht, kann man darüber breite Bevölkerungsschichten erreichen. Freizeit-, Kultur und Schulinitiativen können für neue Brücken zwischen Menschen sorgen. Europa wird für viele dann erst begreifbarer. Nötig für ein Gelingen ist allerdings das

Zusammenspiel vieler Akteure. Es braucht in beiden Städten Kümmerer! Ein Auf und Ab gehört - wie bei persönlichen Beziehungen - dazu und sollte uns nicht davon abhalten, dies zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen sie uns gemeinsam und sachorientiert Themen anpacken und uns um die Anliegen der Bürger kümmern.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich dem Kämmerer, Christoph Peitz, seinem Team und allen die daran mitgewirkt haben für die Erstellung des Haushaltes danken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Rainer Hübinger, Vorsitzender der SPD-Fraktion

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,**

zunächst einmal möchte ich Sie beruhigen: Ich werde mich möglichst kurz fassen und nicht die mir zustehenden 29 Minuten unserer wertvollen Zeit voll ausreizen.

Letztens brauchte ich ein paar Informationen und habe „Monheim“ gegoogelt. Das, was mir dann bei den Suchergebnissen als erstes angezeigt wurde, hat mich ziemlich stutzig gemacht. Es wurde mir eine bezahlte Anzeige mit folgendem Wortlaut angezeigt:
Monheimer Hebesatz: 250, jetzt Firmensitz verlegen. Einfach und schnell. ab 249,- €/Monat. Keine Kaution. Keine Maklergebühren. Dienstleistungen: Konferenzraum, Beamer, Whiteboards, Internet, Drucker, Monitore.

So ist das Unternehmen Oxea Chemie von Marl nach Monheim gezogen, die Chemieprodukte werden immer noch in Marl erzeugt, die Gewerbesteuer aber nun geteilt, zu Lasten der Stadt Marl.

Monheim – knapp halb so groß wie Velbert - wird im nächsten Jahr über 300 Mio. Gewerbesteuer einnehmen, Velbert kalkuliert mit 49,2 Mio. €. Unglaublich, was so alles möglich ist. Man könnte meinen, die Cayman Inseln liegen kaum 40 Kilometer entfernt. Firmen verschieben die Gewinne nach Monheim, indem sie dort eine Tochtergesellschaft gründen. Hier wollte die alte rotgrüne Landesregierung tätig werden, von der neuen Landesregierung hört man in dieser Sache nichts.

Ich möchte auch an die Cum und Ex Geschäfte der reichen Eliten Europas zu Lasten der ehrlichen Steuerzahler erinnern. Mit Dividendenstripping sind Milliardenbeträge – man spricht von 55 Milliarden- von den Staaten Europas geraubt worden. Man hört in dieser Sache von der Groko wenig, der SPD Finanzminister verspricht mehr, Ergebnisse fehlen aber. Mittlerweile gibt es sogar Cum – Ex völlig ohne Aktien.

Finanztransaktionssteuer, eine gerechte Besteuerung von Firmen der Internetbranche und die Besteuerung von Gewinnen der Großkonzerne am Ort des Entstehens, all das scheint die Große Koalition nicht in Angriff zu nehmen.

All das geht auch zu Lasten der Kommunen. Der Frust bei uns Kommunalen ist daher groß. Wir wollen keine einmaligen oder kurzfristigen Finanzspritzen für bestimmte Probleme aus Düsseldorf oder Berlin, wir wollen eine dauerhafte, gerechte und stetige Finanzierung aus Steuermitteln, eine echte Umverteilung von oben nach unten. Wir, die Kommunen, sind die Basis des Staates und das müssen die Ebenen über uns endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

In der vergangenen Woche erreichte uns die Nachricht, dass das Land im kommenden Jahr endlich die Bundeshilfe für Flüchtlingsarbeit komplett an die Kommunen durchreicht. Dies war ja ein zentrales Wahlversprechen der Landesregierung von CDU und FDP. 2018 hat dies noch nicht so funktioniert. Nun endlich für 2019. Das sind sehr gute Nachrichten für Velbert. Ich weiß, die rotgrüne Landesregierung hatte die 433 Millionen Euro komplett im Landeshaushalt einbehalten. Sicher auch ein Grund dafür, dass die Landtagswahl für Rot und Grün verloren ging.

Keine gute Nachricht ist, dass der Landtag die Stichwahl bei Bürgermeisterwahlen abschaffen will. Das ist sicher keine demokratisch einwandfreie Aktion. Hier fehlt für den Gewählten viel an demokratischer Legitimation. Da sich aber bei Stichwahlen oft SPD Kandidaten durchgesetzt haben, ist die Intention klar.

Nun möchte ich zum Haushalt kommen. Erstmal mit einem kurzen Rückblick. Die SPD hat dem Haushalt 2018 zugestimmt. Was ist seitdem passiert?

1. Die Voraussetzungen für die Sanierung des Forums sind geschaffen worden.
2. Die Schaffung von Schulraum und Kitaplätzen hatte und hat Priorität. Diverse Kindergärten werden erweitert, neue werden gebaut und die neue Grundschule Kastanienallee wurde planungsrechtlich verankert und kann nächstes Jahr gebaut werden.
3. Die Digitalisierung unserer Schulen ist mit dem beschlossenen Medienentwicklungsplan in eine ganz neue Phase eingetreten.
4. Privater und öffentlicher Wohnungsbau sind vorangetrieben worden, sowohl durch Ausweisung neuer Flächen als auch durch Bebauung von Baulücken.
5. Auch ist der Bereich ÖPNV gestärkt worden. In den Nächten vor Samstagen Sonntagen und Feiertagen fährt die Linie 649 bis 2 Uhr nachts. Wir werden eine Anbindung des Wohngebietes Pöthen in Neviges prüfen lassen.
6. Auch sind die Bezirksverwaltungsstellen in Neviges und Langenberg nicht mehr nur einmal in der Woche offen, sondern stehen zweimal in der Woche für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung.
7. Auch gibt es jetzt eine Fördermittelmanagerin bei der Stadt Velbert. Diese Querschnittsaufgabe ist heute in einer großen Verwaltung unerlässlich.
8. Die Elternbefragung für eine zweite städtische Gesamtschule hat eine große Zustimmung zu dieser neuen Schule in Neviges ergeben. Das ist ein wichtiger Teilerfolg. Hier gilt es nun, auch die erforderlichen 100 Anmeldungen zu erhalten. Hierzu gibt es 2 Informationsveranstaltungen und ich denke, die entsprechenden Fraktionen werden sich auch noch für eine entsprechende eigene Werbung starkmachen.
9. Die Satzung für die Erhebung der Elternbeiträge wurde überarbeitet. Wir hatten uns zwar weiter gehende Entlastungen gewünscht und diese auch gefordert. Wir sind aber froh, dass wir letztendlich wenigstens einen Kompromiss erreichen konnten und Familien erst ab einem Jahreseinkommen von über 25000 Euro Elternbeiträge bezahlen müssen. Familien mit einem geringeren Einkommen sind nun grundsätzlich von den Beiträgen befreit.
10. Aus dem Schülerparlament ist ein Jugendparlament geworden. Dies stellt die Beteiligung unseres Nachwuchses auf eine breitere Basis. Ich danke allen Fraktionen, die sich dafür entscheiden konnten, für ihre Mithilfe. Auch werden dem Jugendparlament eigene Mittel zur Verfügung gestellt, dafür bedanke ich mich beim Bürgermeister.
11. Die Erinnerungsveranstaltungen an die Novemberpogrome 1938 sind in diesem Jahr in ein professionelles Konzept gefasst worden. Diesen Wunsch hatte die SPD im vergangenen Jahr in einem Brief an den Bürgermeister geäußert. Die Mitglieder meiner Fraktion haben in der Woche der Erinnerung an mehreren Veranstaltungen teilgenommen und waren sehr berührt vom Engagement der Beteiligten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

nun zu den Dingen, die 2018 von der SPD Fraktion zwar angesprochen worden sind, aber einer Verwirklichung noch harren:

1. Die Hauptsatzung ist noch nicht überarbeitet worden. Die Kompetenzen der Bezirksausschüsse sind noch nicht ausgeweitet worden. „Mehr Demokratie wagen“, hat Willy Brandt mal in einer Regierungserklärung formuliert, ich glaube, das ist heute so aktuell wie damals. Dieses Ansinnen steht im absoluten Gegensatz zum Papier „Mehr Velbert wagen“ des ehemaligen Bürgermeisters Stefan Freitag. In diesem Papier sollte durchregiert werden von oben nach unten. Es gilt in einer neuen überarbeiteten Hauptsatzung dieses Prinzip genau umzukehren. Die SPD ist dazu bereit.

2. Den Startup Park für junge Existenzgründer gibt es bisher nicht. Aber man ist auf der Suche nach einem geeigneten Standort. Startups schaffen und erneuern die wirtschaftliche Infrastruktur, generieren Zuzug und die Ansiedlung weiterer Unternehmen. Das wäre auch etwas für Velbert.
3. Die Städtepartnerschaften sind immer noch nicht auf breitere Füße gestellt worden. Ein Bekenntnis zu Europa ist in diesen schwierigen Zeiten sehr wichtig. Im Mai 2019 steht übrigens auch die Europawahl an. Ich würde mir wünschen, der Velberter Rat hätte die Kraft für ein europäisches Signal.
4. Das Ehrenmal für die Toten der Weltkriege an der Poststraße ist immer noch in einem jämmerlichen Zustand. Davon konnte sich jeder Besucher am Volkstrauertag überzeugen. Trotz aller Versprechungen seitens der TBV ist hier wieder ein Jahr ohne Ergebnis vergangen. Hier bedauere ich sehr, dass der Rat keinerlei direkte Anweisungen an den Vorstand der TBV geben kann. Das wirft ein Schlaglicht auf das Thema Steuerungsfähigkeit des Rates - der vom Bürger legitimierten Vertretung – auf die Beteiligungen der Stadt. Starke kommunale Unternehmen brauchen auch eine starke Steuerung.
5. Jetzt mal was ganz Profanes, aber dennoch ist es ein Ärgernis. Die öffentliche Toilette am Bahnhof Langenberg ist noch nicht verwirklicht worden, hier muss 2019 endlich ein greifbares Ergebnis erreicht werden. Ich bitte die VGV, die TBV und die Verwaltung kurzfristig ein Konzept zu präsentieren.

Diese unerledigten Dinge wird die SPD Fraktion im kommenden Jahr ganz besonders in den Fokus nehmen.

Nun zum Haushaltsplan- und Stellenplanentwurf 2019, übrigens der Vorletzte unserer derzeitigen Wahlperiode. Wir unterstützen die im Haushaltsentwurf angelegten Weichenstellungen für das Jahr 2019.

Im Folgenden möchte ich aber noch ein paar Entwicklungen darstellen, die im Jahr 2019 für die SPD besonders wichtig sind:

- Wir wollen weitere Entlastungen und Verbesserungen für Familien. Die oben angesprochene Neufassung der Kitagebühren muss auch auf den Bereich der OGATA Gebühren ausgeweitet werden. Momentan liegt die Versorgungsquote bei den Plätzen unter drei Jahren (U3) bei etwas über 40 %, für über Dreijährige bei 97%. Besonders in Velbert – Mitte, wo momentan die Versorgung am schlechtesten ist, muss dringend nachgesteuert werden. Die SPD wird sich daher weiterhin für mehr Kindergartenplätze einsetzen.

Die Veränderungen im sozialen Bereich werden wir im Auge behalten. Damit sich wirklich die versprochenen Verbesserungen einstellen - und zwar nicht nur für die Stadtkasse, sondern vor allem auch für die Menschen.

- Die Fraktionen von SPD und CDU haben den Antrag eingebracht, dass es wieder Mittel für einen Ring politischer Jugend (RPJ) geben wird. Hierbei wird der RPJ nicht Geldverteilstelle für die einzelnen politischen Jugendorganisationen sein, sondern aus den Mitteln sollen gemeinsame Veranstaltungen oder politische Weiterbildung finanziert werden.
- In Velbert – Mitte wird der Umbau des Forums 2019 beginnen. Auch muss die Bebauung des ehemaligen Hertie – Areals ein städtebaulicher Highlight werden. Eine 08/15 Lösung: unten Ladenlokal/ oben Wohnungen wird der Bedeutung des Geländes nicht gerecht und wird auch nicht auf die Zustimmung der SPD stoßen. Velbert braucht immer noch ein Kino.
- Eine weitere Bereitstellung von Bauland zur Entwicklung einer Bebauung mit Einfamilienhäusern und/ oder Doppelhäusern wird von der SPD genau geprüft werden. Unserer Meinung nach ist man an der Bedarfsdeckung wahrscheinlich schon längst angekommen. Eine Bebauung über die Grenzen des Flächennutzungsplans hinaus, kann sich meine Fraktion nicht vorstellen. Stattdessen soll der

Mehrgeschosswohnungsbau stärker mit attraktiven und bezahlbaren Wohnungen für alle Einkommensgruppen ein Schwerpunkt des planerischen Handelns werden.

- Das integrierte Handlungskonzept für Neviges muss 2019 beschlossen werden. Nur so kommen wir in die Landesförderung. Auch müssen wir uns im nächsten Jahr über ein Konzept für das Schloss Hardenberg einigen. Wir dürfen das Geld vom Bund, dass der ehemalige Landtagsabgeordnete Volker Münchow besorgt hat, nicht liegenlassen.

Wir können aber nicht nur planen und Ideen entwickeln. In Neviges muss dringend was passieren. Daher haben CDU und SPD einen Antrag eingebracht, dass schon im nächsten Jahr die TBV und die Stadt 450000 Euro in Sofortmaßnahmen zur Aufwertung der Nevigeser Innenstadt investieren. Hier darf ich mich besonders beim Vorstand der TBV Sven Lindemann für die Unterstützung bedanken. Ohne die TBV lässt sich keine Innenstadtentwicklung in Neviges betreiben.

Auch soll die Realisierung einer Park und Ride Anlage in Neviges – Mitte weiter und vor allem ergebnisoffen geprüft werden. Neviges -Mitte wird ab 2019 ein wichtiger Haltepunkt für die neue RE 49 sein. Ohne einen Parkplatz für Bahnpendler nur bedingt sinnvoll. Hier bleiben wir am Ball.

Auch muss das Bodendenkmal „Alte Burg“ besser gestaltet werden. Der Pilgerparkplatz kann auch nicht so bleiben wie er ist. Er muss kostenfrei gestellt werden und seine Oberfläche muss endlich befestigt werden. Über die Neugestaltung des Busbahnhofes und den Bereich „Auf der Beek“ muss im nächsten Jahr diskutiert werden. „Neviges am Wasser“ bleibt für die SPD ein wichtiger Baustein der Innenstadtsanierung. Wir müssen einen fertigen Plan haben, wenn wir in der Landesförderung angekommen sind.

- In Langenberg muss es im Bereich Sambeck endlich zu tragfähigen Lösungen kommen. Im Eingangsbereich dieses schönen Ortes findet man eine klaffende Wunde. Der Radweg von Essen hat Langenberg an die Baldeneysee angebunden. 2019 müssen wir zumindest planerisch eine Verbindung zum Panorama Radweg schaffen. Der Weg durch das Birkental, so wie von Volker Münchow vorgeschlagen, könnte eine mögliche Wegeführung sein.
- Im Stellenplan ist nun endlich ein hauptamtlicher Inklusionsbeauftragter, dort „Behindertenbeauftragter“ genannt, vorgesehen. Ein wichtiger Schritt, um das Thema Inklusion in Velbert voranzubringen und der UN – Behindertenrechtskonvention gerecht zu werden. Die Zuordnung des Beauftragten ist jedoch sehr vage. Für uns muss ein Inklusionsbeauftragter zentral angesiedelt werden. Denn Inklusion ist ein Querschnittsthema.

Der Entwurf des Stellenplans sah eine Einsparung von 4,5 Stellen für Reinigungskräfte vor. Dafür sollte ein privater Reinigungsdienst beauftragt werden. Diese Privatisierung lehnt die SPD Fraktion vehement ab. Aus tarifvertraglichen Arbeitsverhältnissen sollen hier prekäre Arbeitsverhältnisse bei Dienstleistern entstehen. Dort wird noch nicht einmal Weihnachtsgeld bezahlt. Deshalb hat es kürzlich erst einen Streik gegeben. Im neuen Stellenplan hat sich nun die SPD durchgesetzt. Die Stellen bleiben drin.

Bevor ich jetzt zum Schluss meiner Rede komme, möchte ich noch eine wichtige Sache betonen:

Die SPD steht zur Gewerbeansiedlung „Große Feld“ an der Langenberger Straße. Wir brauchen in Velbert Gewerbeflächen, um Arbeitsplätze in Velbert zu halten oder um neue zu schaffen. Unsere Topografie ist nun mal so, dass wir nur wenige ebene Flächen in Velbert haben. Wir haben Nachfrage nach Flächen. Da kommt es für Anwohner natürlich zu Beeinträchtigungen, leider haben sich die Anwohner dazu entschlossen, diese Planung völlig abzulehnen. Ich hätte mir da mehr Kompromissbereitschaft gewünscht.

Sehr geehrter Herr Lukrafka, sehr geehrter Herr Böll, sehr geehrter Herr Ostermann, sehr geehrter Herr Peitz,
wir danken Ihnen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Bitte geben Sie den Dank der SPD Fraktion auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung weiter.

Die SPD stimmt dem Haushaltsentwurf 2019 mit den genannten Änderungen zu.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Dr. Esther Kanschä, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, werte Vertreter der Presse.

Zurzeit läuft es haushalterisch vermeintlich gut. Wir haben 2017 (wenn man den Landeszuschuss von 2,4 Mio. nicht berücksichtigt) und wir werden 2018 voraussichtlich mit einem knappen Plus abschließen. So hoffen wir alle, denn das prognostizierte positive Ergebnis für 2018 rutscht von Prognose zu Prognose immer weiter Richtung 0. Die sehr gute konjunkturelle Allgemeinlage, die niedrigen Zinsen und die geringe Kreisumlage, dank Monheim, machen es möglich. So sehen auch die im Haushaltsplan eingestellten Zahlen für 2019 zunächst solide aus, nicht so unrealistisch wie in den vielen Jahren zuvor. Dank dafür an unseren neuen Kämmerer, Herrn Peitz. Allerdings wieder auch nur mit einem marginalen Plus, wieder auf Kante genäht. Die Risiken wurden auch vom Bürgermeister und dem Kämmerer schon alle benannt und werde ich hier dann auch nicht alle wiederholen..

Die neu eingeführten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen können wir alle mittragen und werden denen auch zustimmen.

Also, warum den Haushalt ablehnen? Ich werde Ihnen die Gründe für unsere Ablehnung an Hand von drei Hauptpunkten verdeutlichen.

1. Der Haushalt ist für uns, wie immer, nicht transparent und damit nicht kontrollierbar. Was aber unsere originäre Aufgabe als Ratsmitglieder ist. Der wir Grünen und Sie alle so nicht nachkommen können. Darum stellt sich eher die Frage, warum stimmen Sie eigentlich zu?
2. Die Planungen und Vorhaben im sozialen und ökologischen Bereich sind mangelhaft bis gar nicht vorhanden.
3. Die wirtschaftliche Ausrichtung ist rückwärtsgewandt und in keiner Weise zukunftsorientiert.

Die Intransparenz des Haushalts werde ich Ihnen an zwei Beispielen erklären: Zuerst die Rattenbekämpfung. Wir haben letztes Jahr dem Kreis für diese Aufgabe 188 T € gezahlt. Jetzt wird diese nicht mehr vom Kreis sondern wieder von der Stadt Velbert selber übernommen. Im Haushalt 2019 sind für die Position nur noch 30 T € eingestellt, denn der Großteil der Kosten für die Rattenbekämpfung ist jetzt nicht mehr im städtischen Haushalt, sondern die übrigen Kosten werden jetzt von der TBV übernommen. Für mich nur sehr schwer einsehbar und ich bin mir sicher, dass niemand von Ihnen sich die Mühe gemacht hat heraus zu bekommen, wie viel Geld wir in Zukunft für diese Aufgabe ausgeben werden. Ob die Kosten an der Stelle steigen, gesamthaushalterisch betrachtet, denn nur diese Betrachtungsweise macht aus unserer Sicht Sinn, oder ob sie sinken. Das sind aber keine Peanuts sondern wir reden hier über 158 T €. Wird diese Summe jetzt über die Gebühren der TBV von den Bürgern direkt gedeckt und wir können über 158 T € mehr verfügen? Werden wir mehr Geld dafür benötigen oder weniger? Das wissen wir nicht und ich bin mir sicher auch keiner von Ihnen.

Genau so wenig transparent ist der Cashpool der Stadt. Dagegen sind die eben genannten 158 T € aber dann wirklich Peanuts. Versucht man diesen Cashpool zu durchschauen, aus dem sich die Stadt mit ihren Tochtergesellschaften gegenseitig Gelder hin- und herschieben, leihen und verleihen, stellt man fest, dass diese Gelder weder im Haushalt der Stadt noch im Gesamthaushalt einzusehen sind. Also auch hier kein Einblick, keine Transparenz.

Zu 2. Wenn ich von sozialen und ökologischen Defiziten in Velbert rede, weiß ich gar nicht, wo ich anfangen und wo aufhören soll. Deshalb werde ich mich darauf beschränken eine Mängelliste vorzulesen und diese Punkte dann an einem einzigen Beispiel näher erläutern:

MÄNGELLISTE:

- Viel zu große Grundschulklassen
- Fehlende Grundschulklassen
- Fehlende KiTa - Plätze
- Fehlende OGS Plätze
- Fehlende Sozialwohnungen
- Fehlende Betreuung der Senioren und Kranken durch die sozialen Dienste
- Immer weniger Landwirtschaftliche Nutzfläche
- Nackte Plätze ohne Aufenthaltsqualität, die für 100 T € durch mobile Bäume aufgehübscht werden sollen – unsägliche Vertuschung von Fehlplanungen
- Gefällte Bäume werden im viel zu geringen Maße ersetzt
- Kaum vorhandene und schlechte Fahrradwege
- Keine Anbindung des Panoramaradwegs an die Innenstadt
- Keine Fahrradständer, weder einfache geschweige denn abschließbare Boxen für teure e-Bikes
- Kaum Ladestationen für e-bikes
- Viel zu wenige öffentlichen Ladestationen für e-Autos
- Kein ausreichende Infrastruktur des Stromnetzes für private Ladestationen
- Einsparungen im ÖPNV trotz neuem ZOB

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit!

Wir werden den Haushalt also inhaltlich ablehnen und ich erkläre Ihnen das an dem Beispiel der geplanten KiTa Brangenberger Straße. Jetzt werden Sie denken: Hä, da haben die Grünen doch zugestimmt. Ja, das ist richtig, denn was wäre die Alternative gewesen? Mit den 100 KiTa Plätzen wird in Velbert das selbst gesteckte Ziel von einer 100% Betreuungsquote immer noch deutlich verfehlt. Aber ohne diese Plätze hätte der Sozialraum Oberstadt eine Betreuungsquote von nur 34%. Das würde bedeuten, dass nur für jedes dritte Kind ein KiTa-Platz zur Verfügung stünde! Hätten wir diese neue KiTa also ablehnen sollen? Sie haben uns zur Planung der KiTa an der Brangenberger Straße mal wieder keine Alternativplanung vorgelegt. Wir konnten uns nicht aus mehreren Standorten den sinnvollsten aussuchen, obwohl es sicherlich noch andere Standorte in ganz Velbert-Mitte gegeben hätte, wie zum Beispiel die Sanierung der vorhandenen zweizügigen Kita am Liewersholz, plus einem Neubau auf dem Platz der alten Pestalozzi Schule.

Wir haben also bald eine fünfzügige KiTa am Brangenberg, die wir in der Größe in dem Wohngebiet nicht benötigen werden, d.h. viele Kinder werden mit dem Auto gebracht werden. Dann bauen wir auf Altlasten, wobei wir davon ausgehen, dass das Gutachten recht behält, und durch die Auflagen bei den Baumaßnahmen den Kindern und Mitarbeitern keine Gesundheitsgefahr droht. Sie haben im Zuge der Bauvorbereitung illegal Bäume gefällt, wovon wir natürlich vorher nichts wussten, und der Justiziar der Stadt hat auch noch zugegeben, dass er eben lieber die Strafe zahlt, als sich an Recht und Ordnung zu halten, da das die Stadt dann günstiger kommt. WELCH ein schlechtes Vorbild! Was für ein Bild gibt die Stadt da ab? Aus unserer Sicht ein riesiger Imageschaden - vorausgesetzt das Image der Stadt ist positiv.

Von daher ist das ein sehr „gutes“ Beispiel dafür, dass wir alternativlos zu Entscheidungen genötigt werden. Denn um die eine Fehlplanung, die zu geringe Anzahl an KiTa-Plätzen, abzuwenden, müssen wir die andere Fehlplanung, das Verabschieden von dem Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ in Kauf nehmen. Sie planen alles zu spät und dann setzen Sie Ihre Planungen durch, egal ob Naturschutz, Bürgerinteressen, Enteignungsmaßnahmen oder der gesunde Menschenverstand dagegen sprechen. Uns bleibt dann nur die Auswahl zwischen Pest und Cholera.

Und nun zum Punkt 3, der wirtschaftlichen Ausrichtung. Sie beschweren sich die ganze Zeit, dass uns Gewerbeflächen fehlen und wir für die Ansiedlung neuer Gewerbeunternehmen und für die bereits ansässigen emissionsstarken Gewerbetreibenden neue Gewerbegebiete benötigen. Auf der anderen Seite planen Sie Wohnbaugebiete auf Gewerbeflächen (Woeste

und an der Kettwiger Str.). Vielleicht würde es helfen einzusehen, dass Velberts Stärke nicht darin liegt, neue Gewerbegebiete für emittierende Betriebe, also laute und dreckige Industrie, auszuweisen. Unsere Stärke hier vor Ort ist die Lage im Grünen, die Sie zur Zeit mit Füßen treten. 27 ha - das entspricht mehr als 50 Fußballfeldern - wertvolle landwirtschaftliche und erholungswirksame Grünfläche werden für immer vernichtet, um netto max. 18 ha Gewerbefläche zu erhalten. Das bedeutet aber, dass von den 50 Fußballfeldern, mehr als 17 umsonst geopfert werden. Alle wissen, dass allein der Grundstücksverkauf ein Minusgeschäft im siebenstelligen Bereich wird. Die hohen Folgekosten z.B. für die Entwässerung kommen noch oben drauf. All das in der Hoffnung, dass die dann erwarteten sich ansiedelnden Gewerbe genügend Gewerbesteuern in den Haushalt einbringen, dass sich all diese Kosten langfristig auszahlen.

Wir müssen weg von diesem unsinnigen Landschaftsfraß hin zur besseren Nutzung von Brachflächen im Innenbereich und zu mehr modernen Dienstleistungsangeboten. Vernichten Sie nicht das Pfund, das Velbert wirklich aufweisen kann: Eine attraktive Naherholungslandschaft und ausgeprägte Bio-Landwirtschaft mit großem Naturbezug.

Zusammengefasst bedeutet das: Wir würden gerne einem Haushalt zustimmen, dessen Zahlen nachvollziehbar sind, der soziale, wie ökologische und zukunftsorientierte wirtschaftliche Ziele anstrebt und damit Velbert zu einer attraktiven, lebenswerten Stadt weiter entwickelt. Leider ist in diesem Haushalt davon fast kaum etwas zu finden.

Als große Ausnahme sei hier die Neugestaltung des Forum Niederberg erwähnt. Durch die Zentralisierung der VHS, die Modernisierung der Bibliothek und des großen Spielsaals kann diese mit Sicherheit als zukunftsweisend bezeichnet werden und stellt eine Bereicherung für ganz Velbert und seine BürgerInnen dar.

Wir bedanken uns bei der Kämmerei für die geleistete Arbeit, allerdings nicht ohne, wie jedes Jahr, die ungenügende Vergleichbarkeit und die intransparente Darstellung der Zahlen zu monieren. Warum machen wir das jedes Jahr wieder? Weil Sie es nicht für nötig halten, unseren Forderungen nachzukommen. Solange Sie nicht für Transparenz sorgen, können wir nicht aufhören dies anzuprangern.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion VELBERT anders

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich möchte an dieser Stelle das Ergebnis unserer Beratungen vorwegnehmen:

Die Fraktion VELBERT-anders stimmt dem Haushalt 2019 zu.

Wir sind der Ansicht, wenn man die Mammutaufgaben kennt, die schon begonnen haben oder die im Jahr 2019 beginnen werden, kann man nur zu diesem Ergebnis kommen.

Wir wissen auch, dass es Fraktionen geben wird, die dem Haushalt die Zustimmung wieder verwehren werden, aus welchen Gründen auch immer. In der Vergangenheit waren es Zweifel an dem vorgelegten Zahlenwerk, an unzureichenden Mitteln in Fachbudgets, etc., etc.

Wir haben in den mittlerweile 24 Jahren unserer Ratszugehörigkeit den Haushaltplanentwürfen zwanzigmal zu gestimmt, weil wir immer dazu bereit waren Verantwortung zu übernehmen aber auch um an der Konsolidierung der städtischen Finanzen aktiv mit zu arbeiten, da schon seit der Jahrtausendwende ein Haushaltssicherungskonzept unser ständiger Begleiter war, mit dem Ergebnis eines Haushaltssicherungsplanes und damit wurden wir dann Stärkungspaktkommune und erhielten jährliche externe Zahlungen, die dazu beitrugen, dass die Stadt nicht ins finanzielle Abseits geriet.

Interessant während dieser Zeit war allerdings, dass einige Fraktionen die zusätzliche Ausgaben – trotz dieser finanziellen Lage – forderten, dem Haushalt regelmäßig nicht zustimmten.

Wer allerdings meint, dass zukünftig wieder große Sprünge gemacht werden können, dem sei gesagt, dass darauf geachtet werden muss, die Fehler der Vergangenheit nicht erneut zu machen. Daher mahnen wir für die Zukunft, schon jetzt, eine klare, verantwortungsbewusste Haushaltsführung an.

Nun komme ich zu den Herausforderungen der nächsten Jahre, die sehr ambitioniert sind und Velbert in verschiedensten Bereichen voranbringen wird.

Das Bürgerforum wird zu einem zentralen Dienstleistungszentrum in der Mitte der Stadt werden und die bisherige Nutzung als Veranstaltungszentrum wird größtenteils erhalten bleiben. Wir hoffen, dass die Gespräche mit dem Land in Kürze zu einem erfolgreichen Abschluss kommen und schnellstmöglich begonnen werden kann.

Der dritte Schritt am Sportzentrum ist bereits eingeleitet und wird damit die ursprüngliche Planung komplettieren. Wir hoffen, dass der Zeitplan eingehalten werden kann und damit alle Sportstätten zur Verfügung stehen.

Der Abriss der Hertie- Immobilie und damit verbunden die neue bauliche Entwicklung wird im Jahr 2019 zu einer Neugestaltung dieses seit Jahren dahindümpelnden Areals führen und somit einen unanschaulichen Bereich der Stadt wesentlich verändern.

Der Offersplatz, der bereits fertiggestellt ist, hat den Anfang dieser für Velbert wichtigen Veränderungen gemacht und ist nach unserer Auffassung sehr schön geworden und wartet nun auf die weitere Nutzung.

Hinzu kommt die Entwicklung des Schlosses Hardenberg, die in 2019 vorangetrieben werden muss. Die Fördermittel des Bundes sind seit langem zugesagt und deshalb sollte es nun auch zeitnah begonnen werden. Wir erwarten hier einen Konzeptvorschlag der Verwaltung.

Last but not least ist die neue fünfzügige Grundschule an der Kastanienallee zu nennen, die in der Planung fertig ist und nun auch zur Ausführung kommen wird.

Eine weitere Aufgabe ist die Lösung bei den weiterführenden Schulen. In den letzten fünf Jahren ist an dieser Stelle kein Weiterkommen zu erkennen gewesen. Alle Versuche eine Sekundarschule zu etablieren endeten im Nirwana und nun soll eine zweite Gesamtschule die Lösung sein. Die Hauptschule soll dann aufgegeben werden. Wie das umgesetzt werden soll, ist Z.Z. unklar, ebenso die Auswirkung auf die weiterführenden Schulen im gesamten Stadtgebiet. Ich hoffe, dass wir in einigen Jahren nicht wieder vor der Problematik stehen, dass ein Stadtteil keine weiterführende Schule hat.

So klar wie es die Befürworter der weiteren Gesamtschule meinen ist die Lage nicht, denn sowohl alle Direktoren und Schulkonferenzen der weiterführenden Schulen und auch die Bezirksregierung weisen auf die Folgen hin und lehnen die Änderung ab.

Ich hoffe nur, dass das Ergebnis nicht zu weiterem Frust und Verunsicherung bei den Kindern und Eltern führt.

Eine weitere Baustelle, im wahrsten Sinne des Wortes, wird uns auch im Jahr 2019 und darüber hinaus begleiten:

das Gewerbegebiet „große Feld „

Seit 2014 ist dieses Gelände an der Langenberger Straße als neues Gewerbegebiet im Gespräch. Nach langjährigen Verhandlungen ist der größte Teil nun auch im Besitz der Stadt und die Bauleitplanung hat begonnen.

Wir haben großes Verständnis dafür, das unmittelbar betroffene Anwohner diese Entwicklung nicht positiv sehen und ihren Unmut öffentlich äußern.

Als politisch mitverantwortliche Ratsmitglieder sind wir aber maßgeblich für die Gesamtentwicklung der Stadt verantwortlich, d.h. wir müssen eine verantwortungsvolle Bodenvorratspolitik, sowohl für Wohnbauflächen als auch für Gewerbeflächen betreiben, um den zukünftigen Ansprüchen gerecht zu werden und die Entwicklung der Stadt nicht zu gefährden.

Wie bereits gesagt, den Unmut der direkt Betroffenen können wir nachvollziehen, die Art und Weise der Öffentlichkeitsunterrichtung in Teilen allerdings nicht nachvollziehen.

Bilder mit rauchenden Schloten sind nicht korrekt und auch Teile der weiteren Öffentlichkeitsunterrichtung sind gewöhnungsbedürftig.

Es muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass hier ein Gewerbegebiet entstehen soll und nicht ein Industriegebiet. In den öffentlichen Diskussionen wird das des Öfteren durcheinandergebracht.

In einem Gewerbegebiet sind Betriebe die ein bestimmtes Maß an Umweltbelastungen, wie Lärm, Luftschadstoffe, Staub und Gerüche, erzeugen nicht zulässig.

In der Bauleitplanung können weitere Auflagen festgelegt werden, wie z.B. Dachbegrünungen, etc.

Die Entwicklung dieses Gebietes einfach auf höhere Gewerbesteuereinnahmen zu reduzieren ist falsch, denn es ist vorrangig eine Zukunftsentwicklung für unsere Stadt.

Lassen Sie mich aber noch etwas zu den notwendigen Entwicklungen in Velbert sagen: Bei allen Planungen wird die Öffentlichkeit von Beginn an beteiligt und kann sich aktiv einbringen. Trotzdem wird es aber immer wieder dazu kommen, dass es Beteiligte gibt, die sich nicht mit dem Ergebnis anfreunden können.

Für die Politik wird es zunehmend schwieriger die erforderlichen Entwicklungsmaßnahmen zu erklären und auf den Weg zu bringen, denn Stillstand wäre der falsche Weg.

In der Sache wird es also immer wieder zu Diskussionen kommen, zumal ich feststellen muss, dass man als politisch Tätiger in einer Kommune teilweise unter der Gürtellinie attackiert wird und als nichts wissend, korrupt und geistig unterentwickelt, etc, etc. bezeichnet wird.

Dieses kann und will ich nicht für mich und für Sie, werte Kolleginnen und Kollegen akzeptieren und bitte darum sich in der Sache durchaus hart auseinander zu setzen, Beleidigungen allerdings zu unterlassen.

Wie auch im letzten Jahr schon von mir bemängelt, komme ich nochmal auf die nicht akzeptable Behandlung der Kommunen durch das Land und den Bund zurück. Nicht nur, dass man uns seit Jahren bei der Finanzierung der Flüchtlinge, Asylanten und geduldeten, abgelehnten Asylanten im Regen stehen lässt, was bisher den Haushalt der Stadt mit Millionenbeträgen belastet hat, wird nun ein weiterer Beschluss zu einer Belastung: die Unterhaltsvorschusszahlungen, die im Vorjahr durch eine Erhöhung des Alters der Anspruchsberechtigten von 12 auf 18 Jahre, eine weitere Belastung des Städtischen Haushaltes nach sich zieht.

Wir halten diese Bundes-Und Landesbeschlüsse für ungeheuerlich und fordern die Fraktionen im Rat der Stadt auf, ihre Vertreter im Landtag und Bundestag mit der Änderung dieses Verfahrens zu beauftragen.

Der Kämmerei mit Herrn Peitz an der Spitze möchte ich hier danken, für die Erstellung dieses Haushaltsplanes und die jederzeitige Bereitschaft Fragen zu beantworten.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen noch zwei Veröffentlichungen aus dem Jahr 1974 zur Kenntnis geben, die zeigen, dass es auch damals Visionen für die Zukunft gab:

Stellungnahme der IHK aus dem Jahr 1974

und

Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes der Industrie von Velbert und Umgebung

Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,

liebe Gäste, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

sehr geehrte Vertreter der Presse,

auch in diesem Jahr möchte ich mit dem Dank beginnen, den ich im Namen der FDP Fraktion an Herrn Peitz und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung richten möchte, die in den letzten Monaten an der Erstellung des Haushaltes mitgewirkt, unsere Fragen beantwortet und uns mit Ihrer Expertise bei unserer Meinungsbildung geholfen haben. Diesem Dank möchte ich mich auch persönlich anschließen.

Sehr geehrter Herr Peitz,

Sie haben in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes auf die wesentlichen Rahmenbedingungen der Haushaltsplanung 2019 hingewiesen, die sowohl positive als auch negative Punkte beinhaltet. Dankbar sind wir Ihnen auch für Ihre Ausführungen zu den Risiken in der Haushaltsplanung. Denn ohne die immer wieder neu zu betrachtenden Risiken und ihrer Bewertung läuft man Gefahr, das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes, zu schnell aus dem Auge zu verlieren. Dass Sie diese Risiken immer im Blickfeld haben, schafft Vertrauen und gibt Sicherheit.

Die Situation der Einnahmen wird sich im Jahre 2019 weiter verbessern, was sicherlich an der guten Konjunktur und den damit einhergehenden immer wieder nach oben zu korrigierenden Anteilen an der Einkommens- und der Umsatzsteuer in Verbindung steht. Auch wird das Land sich seiner Verantwortung bewusst und erhöht die finanziellen Unterstützungen an die Kommunen in unterschiedlichen Bereichen. Auch wenn wir als Stadt Velbert, z.B. bei den Schlüsselzuweisungen, - aufgrund der Systematik der Berechnung – im nächsten Jahr nicht durch eine Erhöhung dieser Mittel profitieren, so fällt doch der Rückgang der Schlüsselzuweisungen bei weitem geringer aus, als noch vor Kurzem gedacht. Auf der Ausgabenseite sorgen die geringeren Zinsbelastungen und die niedriger ausfallende Kreisumlage für eine Entlastung des Haushaltes. Lediglich die Gewerbesteureinnahmen (Ist 2016 41,2 Mio / Ist 2017 44,4 Mio / Ansatz 2018 47,0 Mio / Ansatz 2019 48,0 Mio) dümpeln vor sich hin und sind weiterhin das Sorgenkind auf der Einnahmenseite. Wir haben in Velbert im Bereich der Gewerbesteuer noch nicht einmal das Niveau des Jahres 2008, also des Jahres der Finanzkrise mit seinen Verwerfungen für die Weltwirtschaft, erreicht. Hier müssen wir uns fragen, weshalb gerade diese Steuerart - und gerade in Velbert - nicht von den guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitiert. Welche strukturellen Veränderungen und welche zukunftsgerichtete Planungen sind notwendig, um diese – immer noch größte Einnahmequelle des Haushaltes – zu stärken und zu verbessern. Diese Frage muss uns in der näheren Zukunft sehr beschäftigen und hier müssen wir Antworten finden. Die Antwort kann allerdings nicht immer nur sein: Wir brauchen mehr Gewerbefläche. Dies ist zu kurz gegriffen und führt, wie die letzten Jahre zeigen, zu keiner Veränderung an der Situation der Gewerbesteureinnahmen.

Nun möchte ich die Perspektive ändern und von den allgemeinen Betrachtungen auf die konkreten Projekte und Schwerpunkte des Haushaltes 2019 eingehen.

Die FDP Fraktion begrüßt es, dass es auch im Haushalt 2019 gelingt, hohe Investitionen in Schulgebäuden und teilweise auch in verbesserten Sachausstattungen durchzuführen. Dies dient sicherlich der Bildung und den Chancen unserer Kinder.

Hierbei ist zum einen der Neubau der fünfzügigen Grundschule zu nennen, die sicherlich zu einer Verbesserung der schulischen Situation in Velbert-Mitte beitragen wird. Auch wenn wir hier die Verkehrssituation rund um die Schule als kritisch und noch nicht gelöst ansehen, un-

terstützen wir diese Investition. Gleiches gilt auch für die Investitionen im Bereich des Ausbaus der Offenen Ganztagschule und die geplanten Sanierungen der Sportstätten. Allerdings ist hier auch ein Wermutstropfen zu verzeichnen.

Die Beschlüsse, die der Rat hier insbesondere im Rahmen der Digitalisierung der Schulen, getroffen hat, werden nur sehr langsam umgesetzt, so dass die Wirkungen dieser Beschlüsse nur sehr verzögert bei den Schulen ankommen. Dies ist sicherlich vielen Umständen zu schulden, dennoch nicht befriedigend. Insbesondere die Anbindung der Schulen an eine ausreichende Breitbandversorgung kommt zu langsam voran.

Besonders freut es uns, dass der Kämmerer seine Zustimmung zur finanziellen Machbarkeit einer zweiten städtischen Gesamtschule in Velbert-Nevigis gegeben hat.

Sind doch nun die Voraussetzungen geschaffen, diese in vielen Elternbefragungen geforderte und durch ihr Anmeldeverhalten immer wieder dokumentierte zweite Gesamtschule, an den Start gehen zulassen.

Das Angebot an die Eltern wird von der Mehrheit des Rates unterstützt, sodass es nun an den Eltern liegt, im Februar durch Anmeldungen den entscheidenden Schritt zur Errichtung dieser Schule zu machen.

Eine besondere Herausforderung war es in den letzten Jahren, die notwendige Zahl von Betreuungsplätzen in Bereich der Kindertagesstätten und der Tagesbetreuung zu schaffen.

Die im Haushalt 2019 abgebildeten Maßnahmen in diesem Bereich finden die volle Unterstützung der FDP-Fraktion. Wir hoffen, dass die Beschlüsse nun zügig umgesetzt werden können, so dass die benötigten Betreuungsangebote für Familien in Velbert vorhanden sind. Auch die FDP Fraktion möchte die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung senken – am Besten komplett abschaffen. Dies kann allerdings nur in Form einer schrittweisen Abschaffung geschehen, um den Haushalt nicht zu überlasten. Hier unterscheidet sich die Haltung der FDP Fraktion von dem Weg, den andere Fraktionen gehen möchten. Wir sprechen uns für eine schrittweise Senkung der Beiträge in allen Einkommensgruppen aus, während die Mehrheit des Rates einen anderen Weg beschreitet und einzelne - insbesondere untere – Einkommensgruppen komplett von der Zahlungspflicht befreit und damit den mittleren und höheren Einkommensgruppen und dem Mittelstand, der auf allen Gebieten belastet wird, eine Entlastung verweigert.

Ein weiterer Schwerpunkt im Investitionsbereich stellt im nächsten Jahr sicherlich die Maßnahmen rund um die Hertie-Immobilie dar. Früher Ankerfunktion für den Handel, ist die Immobilien in den letzten Jahren zu einer Belastung für die Entwicklung der näheren Umgebung von Hertie geworden und unterstützt die negative Entwicklung in der Oberstadt. Von daher hat die FDP Fraktion auch den Ankauf dieses Areals mitgetragen und wird die weitere Entwicklung dieser Immobilien positiv begleiten.

Allerdings sehen wir hier nicht nur die Nutzung im Bereich Wohnen, sondern würden Überlegungen hinsichtlich eines Dienstleistungsstandortes mindestens gleichwertig sehen und hoffen, dass die Überlegungen nicht nur einseitig Richtung Wohnen gehen werden. Wir werden auch darauf achten, dass der städtebauliche Aspekt in den Planungen nicht vernachlässigt wird.

Aber es gibt auch Maßnahmen im Haushaltsplan, die die FDP-Fraktion ablehnt. Hierzu gehört der Neubau des Schloss- und Beschlägemuseums. Zwar werden die Baukosten zu einem großen Teil durch Förderzuwendungen des Landes finanziert, allerdings gehen die Aufwendungen für Einrichtung des Muesums, Konzeption sowie die Folgekosten komplett zu Lasten der Stadt Velbert. Und dass alles für 3.928 Besucher im Jahre 2017.

Wie schon in den vergangenen Jahren erinnern wir auch heute nochmals an die Museen unserer Nachbarstädte Heiligenhaus und Wülfrath, wo diese Einrichtungen in ehrenamtlicher Form sehr erfolgreich und sicherlich nicht mit weniger Besuchern geführt werden.

Soeben hat Herr Bolz in seiner Haushaltsrede auf die Wichtigkeit der Digitalisierung und insbesondere auf die Digitalisierung der Verwaltung hingewiesen. Er forderte die Erarbeitung

einer Strategie zur Digitalisierung der Verwaltung. Schön, dass die CDU Fraktion sich nun auch dieses Themas annimmt und die Digitalisierung als wichtiges Politikfeld für sich entdeckt. Vor einem Jahr hat die FDP-Fraktion dieses Thema mit einem Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen in den Rat eingebracht.

Lieber Herr Bolz:

Damals wurde unser Antrag von Ihnen abgelehnt. Schön, dass Sie Ihre Meinung geändert haben und unsere damalige Forderung nun unterstützen.

meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,

seit vielen Jahren begleiten uns in der politischen Ratsarbeit diverse Konsolidierungsmaßnahmen und -konzepte. Wie in den Vorjahren möchte ich nochmals auf die Konsolidierungsmaßnahme Nr. 12 „Kosteneinsparungen im politischen Bereich“. Gemäß dem aktuellen Bericht über den Stand der HSP-Maßnahmen wird zu dieser Maßnahme vermerkt, dass das Einsparziel nicht erreicht wurde. Ich finde es sehr bedauerlich, dass die Politik bei sich selbst etwas nicht schafft, was sie anderen – mit Erfolg – abverlangt.

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich weiß, dass ich Sie mit diesen Wiederholungen nerve. Wir werden den Finger aber immer wieder in diese Wunde legen, um daran zu erinnern, dass die Politik an sich dieselben Maßstäbe anlegen sollte, wie sie es bei Anderen macht.

Für das Jahr 2018 und auch für den Haushalt des Jahres 2018 teile ich grundsätzlich Ihre optimistische Planung des Jahresergebnisses dahingehend, dass auch wir davon ausgehen, dass es gelingen wird, ein positives Jahresergebnis zu erzielen. Dies gelingt aber nur aus den oben genannten Gründen zu wirtschaftlichen Umfeld und den damit verbundenen sprudelnden Steuereinnahmen auf allen Ebenen. Strukturell hat sich an unserem Haushalt in den letzten Jahren aber nicht soviel verändert. Und genau da liegen die mittelfristigen Risiken. Die Erhöhung des Zinsniveaus und/oder Abschwächung der Konjunktur und damit Verringerung der Steuereinnahmen sind nur zwei der allgemeinen Risiken, die bei ihrem Eintritt katastrophale Auswirkungen auf unseren Haushalt haben werden. Hinzu tritt das bereits heute bestehende Risiko in der Gewerbesteuer.

Die FDP Fraktion würde sich wünschen, dass wir die derzeitige Situation nutzen, um den Haushalt auch strukturell so zu verändern, dass wir nicht schon bei kleineren Veränderungen der oben beschriebenen Risiken eine starke Erkältung bekommen würden. Hierbei lohnt es sich nach links und rechts zu schauen, welche Wege andere Städte gegangen sind. Nicht um diese zu kopieren und nachzugehen. Sondern um sich Ideen zu holen, um einen eigenen, zukunftsfähigen Weg für Velbert zu finden.

Eigentlich könnte ich an dieser Stelle mit meiner Haushaltsrede enden, da die aktuelle Haushaltsplanung in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit beleuchtet ist.

Aber ein Punkt, der für die FDP immer wieder ein entscheidender Punkt war und in der Zukunft sein wird, möchte ich nicht ungesagt lassen:

Viele der wirklich großen Investitionen und damit auch große Folgekosten für die Stadt Velbert finden mittlerweile keinen nennenswerten Niederschlag mehr im heute zu beschließenden städtischen Haushalt. Hier sind u.a. zu nennen:

- Bau des Stadions am Sportzentrum
- Betrieb des Sportzentrum
- Betrieb des historischen Bürgerhauses in Velbert-Langenberg
- Betrieb der Vorburg am Schloss Hardenberg in Velbert-Neviges
- Entwicklung des Geländes Sonnenblume
- Breitbandversorgung Velberts
- Umnutzung des Forum Niederberg zum Bürgerforum und dessen Betrieb

- Straßenbaumaßnahmen und Städtebauliche Maßnahmen, wie z.B. die Umgestaltung des Offterplatzes

Diese und viele andere Investitionsmaßnahmen und sonstige Projekte werden nicht mehr im Haushalt der Stadt Velbert aufgeführt und diskutiert, sondern finden sich in den Wirtschaftsplänen der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft Velbert (BVG) und ihren Töchtern, der Technischen Betriebe Velbert AÖR (TBV) oder des Eigenbetriebes Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert (KVBV).

Zu einem großen Teil sind diese Pläne und die Diskussionen über diese Investitionen/Projekte weder für die Öffentlichkeit noch für die Ratsmitglieder in der notwendigen Breite und Aktualität zugänglich. Insbesondere im Hinblick auf die fehlende Transparenz gegenüber dem Rat und seinen Mitgliedern, der letztendlich mit seinen Transferzahlungen für die Lebensfähigkeit vieler dieser Institutionen sorgen muss, ist dies ein Zustand, den wir seit Jahren beklagen und bemängeln. Hoffnungen auf mehr Transparenz und Einblick in diese zum Teil verschachtelten Gesellschaften hatten wir uns durch den Strategieprozess zur „Optimierung des Gesamtkonzern Stadt Velbert“ gemacht. Bisher leider vergebens.

Somit sind weiterhin wichtige Bereiche und Entscheidungen der direkten Kontrolle und Einflussnahme des Rates und seiner Mitglieder entzogen. Als Mitglieder des Rates sollen wir zwar den Transferzahlungen zustimmen, haben aber keine direkten Einfluss mehr darauf, wie diese Gelder konkret eingesetzt werden. Ein Zustand, den die FDP-Fraktion auch im Rahmen des Haushaltes 2019 kritisiert und als einen Punkt sieht.

Fraktionsintern haben wir intensiv und kontrovers über den vorliegenden Haushaltsentwurf beraten und zwischen Zustimmung und Ablehnung geschwankt. Letztendlich haben in diesem Abwägungsprozess aber die ablehnenden Gründe ein höheres Gewicht gehabt als die Punkte, die für eine Zustimmung gesprochen hätten.

Aus diesem Grunde wird die FDP-FRAKTION diesem Haushaltsplanentwurf ihre Zustimmung nicht geben.

Allen Zuhörern danke ich für die mir entgegengebrachte Aufmerksamkeit.

Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns bei der Verwaltung für die korrekte Zusammenarbeit bedanken.

Wieder einmal steht die Verabschiedung des Haushaltes bevor.

wieder einmal geht es darum, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, denn wir bleiben bis 2021 weiterhin Stärkungspaktkommune

– OBWOHL wir keine Stärkungsmittel mehr bekommen.

Kurz gesagt, es geht wieder einmal um Kürzungen. Und deshalb, wird es eine Zustimmung der LINKEN zu dieser Haushaltsplanung nicht geben.

Es geht auch in diesem Jahr erneut um Stellenkürzungen, Privatisierung bzw. Outsourcing. Geplante Personalpolitik soll erneut im nächsten Jahr Geld einsparen.

Durch Steigerung der Überstundenpauschale und höhere erforderliche Pensionsrückstellungen müssen wir aber auch für 2019 mit höheren Kosten rechnen. Aber Personalkürzungen sind weiterhin keine Lösung, denn sie führen nur zu Überlastung. Auch kann es nicht sein, dass ein erhöhtes Engagement im Ehrenamt dazu genutzt wird, weitere Personaleinsparungen vorzunehmen.

Wir brauchen sowohl mehr Neueinstellung als auch Qualifizierung von Personal.

Eine weitere Ausgliederung und somit Privatisierung von Arbeitsbereichen bedeutet weniger soziale Verantwortung der Stadt und der Politik.

Schon heute ist die Mehrheit des Etats in Holdings ausgegliedert, Entscheidungen fallen in Aufsichtsräten. Mehr Demokratisierung und Mitbestimmung werden zwar immer wieder gefordert, sie werden aber immer weniger durchgesetzt.

Wer städtische Stellen in eine GmbH auslagert, unterhöhlt die Demokratie, denn der Rat hat keinen Zugriff mehr – es fehlt ein überprüfendes, korrigierendes Organ.

Herr Bürgermeister,

Sie sehen einen ausgeglichenen Haushalt für 2017 / 2018 und einen Erfolg.

Die Fakten sehen jedoch anders aus und sind alles andere als ein Erfolg:

Das Eigenkapital 2005 lag bei 190 Mio. Euro, 2017 lag es nur noch bei 17 Mio. Euro. Also 173 Mio. Euro weniger Eigenkapital. Und nun sehen wir eine Steigerungs-Prognose für 2018 auf 20 Mio. Euro als einen Erfolg???

Die Erhöhung der Liquiditätskredite steigt von 2005 bis 2018 von 35,8 Mio. auf 150 Mio. Euro. Und das trotz Kürzungspolitik.

Also Erfolg – für wen? Der Riss in der Gesellschaft vergrößert sich überall, so auch in unserer Stadt. Und auch hier sind immer die Finanzschwachen die Notleidenden.

Auch wir sind vorausschauend in der Finanzpolitik. Für uns heißt dies aber nicht weitere Sparpolitik, sondern mehr Mittel zur Gestaltung einer lebenswerten Stadt: Und? DIE LINKE findet, dass den Stadtteilzentren zu wenig Stellen für die präventive, vernetzende Arbeit zugestanden werden: Zwei halbe Stellen je Stadtteil. Reicht das wirklich, um die fehlende Entwicklung der letzten Jahre aufzuarbeiten?

Aber ich möchte auch einige Projekte beleuchten, die erfolgreich abgeschlossen oder begonnen wurden:

Die Stadthalle in Neviges bleibt uns zumindest als Bauwerk erhalten. Nun kommen halt Wohnungen rein – WIR hoffen dabei natürlich auf sozialen Wohnungsbau.

Das Verbleiben des Gedenkstein für die Opfer des Faschismus in der Fußgängerzone hat uns sehr gefreut und ist gerade in jetziger Zeit von besonderer Bedeutung.

Auch das Grundkonzept des Bürgerforums birgt viele gute Ideen und Ansätze, leider ist es nicht das Allheilmittel für die Velberter Innenstadt. Da hoffen wir auf mehr Chancen aus dem integrierten Handlungskonzept.

Wichtig in diesem ist es, dass auch die Stadt wieder mehr Planung im Bereich des Wohnungsbaus übernimmt und die WOBAU so auch in soziale Konzepte einzelner Quartiere eingebunden wird. Eine Lösung der Wohnproblematik durch Investoren ist nicht sinnvoll. Denn so sieht es aus: Von 2015 bis 2017 wurden in Velbert 487 WE errichtet, davon waren 106 Sozialwohnungen, 74 davon barrierearm. Der Rest wurden Eigenheime und ETW. Im Vergleich dazu sind aber 299 Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausgefallen.

Warum planen wir nicht ein, dass immer mehr alte Leute auch immer mehr barrierefreien Wohnraum brauchen: Knapp 39 % der Bevölkerung in Velbert ist über 60 Jahre alt. Speziell in der Innenstadt gibt es zudem zahlreiche Indikatoren, die als armutsrelevant eingestuft werden – weit über dem Durchschnitt der Gesamtstadt. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnbau in der Innenstadt für Senioren und Normalverdiener und müssen zudem einer Ghettobildung, gerade in der Unterstadt, entgegenwirken.

Und warum ist es in Velbert nicht möglich, 30% aller neuen Wohnungen als Sozialwohnungen zu errichten – so wie in anderen Städten praktiziert?

Der Bau in die Höhe anstatt flächenfressend Eigenheime zu planen, können uns zudem bei der Umsetzung unserer Klimapolitik helfen. Dies würde nämlich auch bedeuten: Weniger Versiegelung von Boden, die wir als sehr kritisch ansehen.

Eines der vielen Ziele des Klimaschutzprogramms. Eines Klimaschutzprogramms, das in den ersten 5 von 6 Handlungsfeldern, dessen Ziele im Zuge der Teilnahme am „European Energy Award“ abgedeckt werden mussten, nur zu 35 % erreicht wurden. In Velbert werden Flächen zunächst zugebaut – erst dann wird über den Klimaschutz nachgedacht.

Das einzig erfolgreiche beim Umwelt- und Klimaschutzprogramm ist bisher das Radwegekonzept. Alles andere ist gescheitert:

Z. B. gibt es zu wenig Kaltluftzonen oder Hausbegrünungen. Daher müssen wir sowohl das Thema Begrünung als auch Versiegelung intensiver in unsere Konzepte einbinden: Sind weitere Flächenversiegelung für die Industrie wirklich notwendig? Muss es ein Gewerbegebiet wie das „Große Feld“ wirklich geben? Würde es ernsthaft mehr Gewerbesteuer bringen?

Laut Handlungskonzept ist leider auch nicht bekannt, dass Neuansiedlungen von innovativen Betrieben mit Bezug zum Klimaschutz geplant sind. Und dies sei auch betrachtet im Zuge von Industrie 4.0.

Wieder und wieder wird gewarnt, dass die derzeit angesiedelte Industrie, in naher Zukunft abgebaut wird und wir uns innovativeren Bereichen widmen müssen. Wer diese Bereiche nicht schleunigst anpackt, für den ist der Zug bald abgefahren. Daher ist eine massive und schnelle Umstrukturierung sowohl klimaschutztechnisch als auch digital, hier vor Ort, notwendig.

Leider spielt das Thema 4.0, was ansonsten in aller Munde ist, in der Ratspolitik keine Rolle. Sichern Sie unsere Zukunft!

Wir wollen mehr jüngere Familien, wir wollen mehr Kinder?

Dann sichern Sie auch deren Zukunft!

Immer noch reicht der derzeitige KITA-Ausbau nicht aus und es fehlen Plätze.

Wir hatten 2018 etwa 700 Geburten. 2017/2018 sieht es aber so aus, dass es insgesamt nur knapp 3000 Kita-Plätze gibt und diese sind zu einem sehr großen Teil NICHT in kommunaler Trägerschaft, wie es die Daseinsvorsorge vorsehen würde.

Und unterstützen Sie auch endlich den Wunsch der Eltern nach einer zweiten Gesamtschule, damit alle Kinder gleiche Bildungsmöglichkeiten haben. Nutzen Sie diese neue Schule für ein innovatives Angebot – technologisch und durch mehr Raum für kleinere Klassen.

Gesamtschulen bieten vielfältige Möglichkeiten auch für Schüler, die nicht sofort oder erst mit Förderung, für höhere Schulen qualifiziert werden. In der Innenstadt bekommen nur 25% aller Kinder eine Gymnasialempfehlung.

Gleiche Chancen für alle? So früh entschieden?

Daher ist es wichtig, dass eine neue Gesamtschule sozialverträgliche Konzepte bietet und zudem mehr Integration ermöglicht. So zu tun, als gäbe es das Elternergebnis nicht, so wie es die CDU praktiziert, ist nicht förderlich.

Wir haben in Velbert knapp 15.000 Kinder unter 18 Jahren. Jedes sechste Kind ist von Armut betroffen.

Zudem wird weitere Zuwanderung die Zukunft bestimmen, insofern fordern wir auch weiteres Engagement der Kommune, um z. B. der Entwicklung im Mittelmeer mit menschlichen Lösungen entgegen zu treten. Die uns gestellten Aufgaben wurden zwar bisher gut gelöst, aber das Problem ist nicht final beseitigt.

Nicht nur, aber auch, deshalb brauchen wir daher dringend mehr Schulsozialarbeiter, um mögliche Problemherde in den Griff zu bekommen und alle Kinder gleichermaßen für die Zukunft vorbereiten zu können.

Wer an all dem spart oder besser kürzt, der spielt mit unser aller Zukunft.

Wenn der Sozialstaat weiter abgebaut wird, ist der soziale Frieden in erheblicher Gefahr.

Und machen wir uns nichts vor: Alle Konsolidierungsmaßnahmen Ihres Haushaltsplans bedeuten leider immer weiteren „Sozialabbau“.

Daher sind nicht Kürzungen, und es sind Kürzungen und nicht „solide Arbeit“, die den Haushalts-Ausgleich bewirkt, die Lösung.

Eine Lösung der Finanzierung ist, der Auffassung unserer Fraktion nach, die Einnahmeseite – die Steuern:

Sie planen für 2019 Gewerbesteuern in Höhe von 49,2 Mio. und Einkommensteuer in Höhe von 42,6 Mio. Euro. Laut Darstellung des Kämmerers wären diese Einnahmen maßgebend für Erfolg bzw. Misserfolg; laut Aussage der Verwaltung sind diese Einnahmequellen aber nur schwer zu kalkulieren. Eine Sicherheit wäre jedoch eine 10% Erhöhung bei der Gewerbesteuer. Für 2017 wurde dieser Ansatz leider nicht erreicht!

Die derzeit wichtigste kommunale Steuereinnahmequelle ist die Gewerbesteuer, daher will die Fraktion DIE LINKE, auf Bundesebene, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer weiterentwickeln, um die Einnahmeseite der Kommunen zu verbessern.

Sparen ist keine dauerhafte Lösung, es ist MEHR Geld erforderlich. Denn ansonsten verlagern wir die Probleme auf die Zukunft und die jüngere Generation. Und Privatisierungen sind ständig verbunden mit steigenden Kosten für die Bürger; Städte müssen soziale Verantwortung der Daseinsvorsorge einhalten. Deutschland ist ein reiches Land. Ein politisches Umdenken muss stattfinden um den Riss in der Gesellschaft nicht auszuweiten. Eine Umverteilung von Mitteln zugunsten aller Bürgerinnen und Bürger muss möglich gemacht werden.

Diverse Bundesregierungen haben den Kommunen in der Vergangenheit im Sozialbereich Aufgaben übertragen, beziehungsweise Aufgaben erweitert, ohne deren Finanzierung sicher zu stellen. In den vergangenen zehn Jahren sind die Sozialausgaben in den Kommunen um über 50% gestiegen. 2014 zahlten die Kommunen bundesweit rund 78 Milliarden Euro an Sozialleistungen, Tendenz weiter steigend. Die Fraktion DIE LINKE ist daher unbedingt für das Prinzip, dass nicht die Kommunen für die Finanzierung von Bundesaufgaben herangezogen werden, sondern weitere Entlastung erfahren.

Hier, Herr Bürgermeister, ist insbesondere Ihre Partei in die Pflicht zu nehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

In diesem Jahr, werden wir mal unsere Haushaltsrede etwas anders beginnen. Zuerst unser Dank an den Kämmerer, denn der hat mit seinen Mitarbeitern und allen die ihm zugearbeitet haben, wieder eine super Arbeit geleistet. Wir sind der Auffassung, dass der Haushalt ausgewogen ist und die Chance der Realisierung bietet. Aus diesem Grund werden wir dem Haushalt auch in diesem Jahr zustimmen.

Allerdings wo Licht ist, gibt es auch Schatten. Wenn man weiß, dass die Gewerbesteuer ca. 20-25 % auf der Einnahmeseite des Gesamthaushaltes ausmacht, kommt man schon ins Grübeln, wie abhängig wir doch von dieser Steuer geworden sind. Vielleicht sollten die Ratskollegen, die zwar immer neue Forderungen stellen, was wir alles noch bauen oder kostenlos zur Verfügung stellen sollen, einmal überlegen, das man bei einem Gewerbegebiet in der Größe von 10 ha mit ca. 1 Millionen EUR Gewerbesteuer rechnen kann. Nur mal kurz erwähnt, bei dem Gewerbegebiet Großes Feld, unterhalten wir uns über 20 ha. Die Schlüsselregion e.V. Velbert, Heiligenhaus, hat sich in ihrer Stellungnahme auch eindeutig für das neue Gewerbegebiet ausgesprochen. Von den 42 Velberter Unternehmen brauchen und wollen alle das neue Gewerbegebiet. Die Unternehmen betrachten die derzeitige Diskussion mit Sorge, da von den Gegnern des Gewerbegebietes immer wieder behauptet wird, es bestehe überhaupt kein Bedarf an neuen Gewerbeflächen.

Da jedem bekannt ist, dass wir sparen müssen, ist es für uns unverständlich, dass man die Hardenberg Schule in ein paar Jahren so verkommen ließ, das bei dem zustande kommen einer 2. Gesamtschule, das ehemals intakte Gebäude für über 10 Millionen EURO wieder hergerichtet werden muss. Ich kann ihnen versichern, in der Industrie wären dafür Köpfe gerollt. Mir graut jetzt schon davor, sollte die Martin-Luther King Schule einmal geschlossen werden und dieselben Mitarbeiter dann wieder für die Instandhaltung verantwortlich sein.

Wir fordern jetzt zum wiederholten Mal, das von den qualifizierten Mitarbeitern der Fachabteilungen eigene Ideen eingebracht werden können. Warum müssen immer wieder teure Gutachter beauftragt werden, die dann Gutachten erarbeiten, die bereits schon mehrfach mit ähnlichen Inhalten erstellt wurden. Hier lassen sich sicher noch Kosten sparen.

Die ansässigen privatwirtschaftlichen Betriebe müssen von der Wirtschaftsförderung deutlich besser betreut werden um ihnen klar zu machen, warum es sich lohnt in Velbert zu bleiben und es sollte jetzt schon unbedingt Akquise für das neue Gewerbegebiet auf dem umliegenden Wirtschaftsmarkt gemacht werden.

Dann noch unser Dauerspar Thema, Musik-und Kunstschule. Hier sehen wir nur wenig Bewegung, deshalb schlagen wir vor, ein Gremium zu bilden, dass aus einem Mitarbeiter der Kämmerei, einem Mitarbeiter aus dem Rechnungsprüfungsamt, einem Mitarbeiter der Musik- und Kunstschule und Kollegen aus dem Stadtrat besteht ,um die Zahlen des Finanzbedarfs einmal zu überprüfen. Zusätzlich erwarten wir eine Überprüfung, ob die Erwachsenen die sich in der Musik-und Kunstschule unterrichten lassen, dies nicht auch bei der VHS tun könnten.

Um weitere Sparpotentiale zu generieren, lassen sie mich bitte noch die schlechte Informationspolitik unseres Bürgermeisters ansprechen. Es reicht nicht, wenn nur die beiden großen Parteien immer zeitnah und umfangreich informiert werden und die Kleineren Parteien dann sehen müssen wo sie ihre Informationen her bekommen. Das ist schlechter Stil. Wie sie ja gerade hören konnten, haben wir Kleinen auch qualifizierte Sparvorschläge.

Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die PIRATEN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte Ratskollegen, liebe Velberter,

mal eben 19 Last-Minute Änderungen der Kämmerei, nach dem wir in der Fraktion über den Haushalt schon beraten hatten, hinterlassen bei uns nicht gerade ein gutes Gefühl.

Das Zahlen schnell korrigiert werden, ist grundsätzlich als positiv anzusehen, doch gleichzeitig sinkt unser Vertrauen in die Planung der Verwaltung. Schließlich musste der letzte Haushaltsplan ja auch nachträglich auf Anweisung der Bezirksregierung korrigiert werden.

Ein unerwartete Verbesserung um rund 1,5 Mio. € sagt die Veränderungsliste voraus. Unverhofft kommt oft, heißt es so schön und die Hoffnung stirbt zuletzt. Hoffen wir mal das Beste das die Gewerbesteuerschätzung diesmal stimmt. Da der Kämmerer aber die Gewerbesteuereinnahmen als unberechenbar und kaum einschätzbar bezeichnet, sind wir da eher skeptisch. Wunsch und Wirklichkeit unterscheiden sich nun mal. Hat er uns doch darauf hingewiesen, dass die Einnahmen durch die Gewerbesteuer trotz guter Konjunktur nicht so angewachsen sind, wie das in den letzten Jahren geplant war.

Der Haushaltssicherungsplan jedenfalls wirkt. Wir stehen besser da als in den letzten Jahren. Doch unser strukturelles Defizit existiert auch weiterhin. Viele Millionen verschwinden in der Holding. EVV, KVV und KVBV belasten den Haushalt seit Jahren. Verlustausgleich wird als Erwerb von Finanzanlagen kaschiert. Wir sind nicht die Ersten, die daran zweifeln, dass es sich dabei wirklich um einen Erwerb von Finanzanlagen handelt. Die Buchungspraxis wurde seitens der Bezirksregierung in der Vergangenheit nur geduldet! Eine Konsequenz der Abweichung von der üblichen Buchungspraxis war unter anderem mit Schuld, für die späte Genehmigung der Haushalte in den letzten Jahren.

Viel Fantasie und Kreativität hat die Verwaltung, wenn es darum geht, den Bürger zur Kasse zu bitten, um den Haushalt aufzubessern. So wurde 2018 mit einem großen bürokratischen Aufwand eine neue Gewässerunterhaltungsgebühr eingeführt. Im Jahr 2019 soll die Anzahl der Bescheide um weitere 3500 auf einen abschließenden Stand von 19000 ansteigen. Wir zweifeln daran, dass die Erstaufnahme mängelfrei abgelaufen ist und rechnen mit der Entstehung weiterer hoher Kosten im Rahmen der Gebührenverwaltung.

Der Wille zum Sparen dagegen fehlt immer noch. Ein weiterer Spatenstich zur Steuerverschwendung erfolgte gerade erst: So werden nun etliche Millionen für den Neubau eines Museums ausgegeben, das kaum Besucher anzieht. Dass auch die Kämmerei nach dem Neubau nicht mit steigenden Besucherzahlen rechnet, kann jeder an den Benutzungsgebühren und Erträgen ablesen. Bei dem aktuell zur Verfügung stehenden Personal könnten sich die Besucher statistisch gesehen, jedoch über eine 1 zu 1 Betreuung freuen. Wenn ich dann im Gegensatz dazu über die stundenlangen Diskussionen über Öffnungszeiten und Mitarbeiterzahlen von Bürgerbüros in Neviges und Langenberg nachdenke, weiß ich nicht mehr wirklich, was ich dazu noch sagen soll...

Laut Haushaltsplan erwirtschaftet das Museum nach dem Neubau ein höheres Minus, 50.000€ mehr im Vergleich zu heute. Mit mehr als 300.000 € pro Jahr wird der Velberter Haushalt dadurch belastet!

Zusätzlich steigen die Kosten für Personalaufwendungen um weitere 10%!

Der Neubau war eine HSP-Maßnahme. Ein schlechter Witz, wie ich finde!

Die Nutzungsrechte für die Parkplätze, die bei dem Betreiber des Marktzentrums gekauft werden mussten und die notwendigen Lagerräume im Forum sind da noch nicht mit

eingerechnet.

Wer die Erträge den Aufwendungen gegen überstellt, dem wird schnell klar werden, dass es sich dabei um ein Luxusprestigeobjekt handelt.

Überschwemmungen, schlechte Straßen, herumliegender Müll, Ratten und wild wucherndes Grün wo es keiner haben will; darüber erreichen uns immer wieder Beschwerden - zu Recht! Zu wenig Geld wird in die Sanierung der Straßen, Radwege, Kanäle und der Pflege der Grünflächen investiert.

Die Ursache dafür ist einfach. Die TBV ist chronisch unterfinanziert. Dies ist einer der Gründe, warum wir dem Kooperationsvertrag mit der TBV nicht zugestimmt haben.

Unsere Infrastruktur wird kaputt gespart. Zu wenig wird repariert. Irgendwann sind die Straßen dann so kaputt, das ein Totalneubau fällig ist. Dieser erfolgt dann unter Kostenbeteiligung der Anlieger. Die Höhe dieser Kostenbeteiligung allerdings wurde rein willkürlich festgelegt!

Während die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) vorschlägt, dass Velbert die Straßenbaubeiträge nach dem Kommunalenabgabengesetz auf die Höhe der Mustersatzung anheben soll, fordert der Bund der Steuerzahler die Abschaffung der Straßenbaubeiträge. Die Beitragsbelastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer können im Einzelfall sehr hoch bis unbezahlbar sein.

Doch um wie viel Geld geht es da eigentlich?

Die zu erwartenden Beitragseinnahmen auf Grundlage der aktuellen Satzung für begonnene und bis 2019 geplante KAG-Maßnahmen liegen laut GPA bei 1,7 Mio. Euro.

Würde die Stadt Velbert den Forderungen der Gemeindeprüfungsanstalt nachkommen und den maximalen Beitrag nach der Mustersatzung erheben, dann wären es angeblich 2,8 Mio. Euro.

Der Rat hat im November 2016 beschlossen, den Forderungen der Gemeindeprüfungsanstalt zum Teil nachzukommen. Es wurde die HSP-Maßnahme "Optimierung der KAG-Beiträge als Konsolidierungsmaßnahme in die Fortschreibung des Haushaltssicherungsplans mit einem Konsolidierungsvolumen von 30.000 Euro ab 2018 aufgenommen."

Wir wollen diesen Beschluss nicht weiter mittragen!

Aber kann sich die Stadt Velbert in der jetzigen Haushaltssituation eine ersatzlose Streichung der Straßenbaubeiträge leisten?

Gute Straßen kosten nun einmal gutes Geld und davon haben wir leider ständig zu wenig. Allein aus dem Haushalt der Stadt ist die Instandsetzung der heruntergewirtschafteten, maroden Straßen aktuell nicht finanzierbar. Dafür ist einfach zu viel kaputt. Auch mit den Straßenbaubeiträgen reichen die finanziellen Mittel für eine Totalsanierung seit Jahren nicht. Deswegen halten wir eine Reform des Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) unter Beibehaltung der kommunalen Selbstverwaltung für dringend notwendig.

Wir sehen den Landtag in der Pflicht, so schnell wie möglich eine gute Lösung zu finden, so, wie das bereits in anderen Bundesländern geschehen ist.

Wer diesem Haushalt zustimmt, aber gleichzeitig die Abschaffung der Straßenbaubeiträge fordert und auch noch dafür Unterschriften sammelt, sollte einmal darüber nachdenken, dass er gegen seinen eigenen Beschluss Unterschriften sammelt.

Die Mitarbeiter der Verwaltung haben in den letzten Jahren jede Menge Überstunden gemacht. Ursache hierfür ist eine uns völlig unverständliche Personalpolitik. Die Feuerwehr ist davon besonders betroffen. Eine Ausbildungs-offensive und Stellenausschreibungen sollen nun endlich Abhilfe schaffen.

Na ja, besser spät als nie. Aber das ist ja nicht das Einzige, was nicht so läuft, wie es soll. Der Brandschutzbedarfsplan kann aktuell nicht in allen Fällen eingehalten werden und festgestellte Mängel bei der Nachkalkulation der Rettungsdienstgebühren wurden immer noch nicht beseitigt.

Unverständlich ist uns auch die Personalabordnung an den Verein „Die Schlüsselregion“ - eine teure E14 Stelle. Über Jahre hinweg sponsert die Stadt schon den Verein auf Kosten des Steuerzahlers mit Zuschüssen. Ich frage mich ernsthaft, können sich die über 200 Unternehmen des Vereines keinen eigenen Geschäftsführer leisten? Muss das wirklich sein, dass der Steuerzahler weiterhin für diese unnötige Subvention aufkommt?

Subventioniert werden Unternehmen in Velbert auch, wenn sie Gewerbefläche kaufen wollen.

So wird Gewerbefläche wesentlich günstiger abgegeben, als Grundstücke für den Wohnungsbau. Gewerbefläche wird quasi verramscht.

Als Bonus packt die Wirtschaftsförderung auch noch die Erschließung oben drauf.

Ein Beispiel ist die Hertie-Immobilie: zuerst wurde sie mit Steuergeldern gekauft, dann soll sie mit Steuergeldern abgerissen werden, um im Anschluss an einen Investor billig verkauft zu werden.

Warum entwickeln wir dieses Areal nicht selbst und übertragen es, zur weiteren Stärkung des Eigenkapitals, an die städtische Wobau?

5,7 Millionen € möchte die Verwaltung im nächsten Jahr für den Erwerb von Grundstücken zur Stadtentwicklung ausgeben, keine geringe Summe.

Ich habe meine Zweifel daran, ob das für Velbert einen Mehrwert schafft.

Dieses Geld sollte besser für dringend notwendige Sanierung an städtischen Gebäuden ausgegeben werden.

Eine gesunde Umwelt wird in der Zukunft ein ebenso wichtiger Faktor für einen Wirtschaftsstandort sein, wie gute Verkehrsanbindung und schnelles Internet.

Denn die Ressourcen der Erde sind endlich. Wer den Anschein erweckt, als wäre das anders, verschließt die Augen und zerstört unsere Zukunft. Das gilt auch für Fläche für Wohnraum und Gewerbe auf kommunaler Ebene.

Nicht durchdachte Grundstücksankäufe und Bebauungspläne haben schon in der Vergangenheit zu hohen Verlusten geführt. Viele Grundstücksspekulationen der Wirtschaftsförderung waren ein Minusgeschäft wie z.B. an der Wilhelmshöhe. Auch in diesem Haushalt müssen wir deswegen wieder der städtischen Tochter EVV Geld überweisen, um diese Fehler auszugleichen.

Bei schwer zu erschließenden Gebieten kommen für den Velberter Einwohner auch noch versteckte Zusatzkosten in Form von Gebührenerhöhungen durch die TBV hinzu.

Wenn keine geeigneten, einfach zu bebauenden Flächen mehr da sind, dann sind eben keine geeigneten Flächen mehr da und eine verantwortungsvolle Politik muss angesichts dieser Tatsachen andere Lösungen finden. Sie darf nicht einfach damit beginnen, Landwirten die Lebensgrundlage zu entziehen und bisher besonders geschützte Bereiche zu zerstören! "Wenn das so weiter geht, gibt es in 80 Jahren keine Landwirtschaft mehr im Kreis." beklagen sich die Landwirte. Zurecht, denn auch die Landwirte zahlen Gewerbesteuer und sie sorgen dafür, dass wir immer noch die Wahl haben zwischen Huhn und Chlorhuhn.

Es gibt Alternativen zum Flächenfraß, wie die vorrangige Nutzung von Brachflächen und kreative Lösungen, wie die Nutzung in die Höhe statt in die Breite, also eine bessere Ausnutzung vorhandener Flächen.

Es wird uns zu kurzfristig gedacht.

Die Frage, inwieweit wir in 20 oder 30 Jahren diese Gewerbeflächen in der heute prognostizierten Größe überhaupt noch benötigen, findet in dieser Diskussion nicht statt.

Eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit, um reichlich vorhandenen Industriebrachen zum Wohle aller Menschen zu entwickeln, wäre außerdem wünschenswert.

Den Ausstieg aus dem Verein „Zinnober“ und die Einstellung der Förderung dieser Beratungsstelle halten wir für einen großen Fehler. Die Stadt ist derzeit nicht in der Lage, die Arbeit, die dieser Verein leistet, auf diesem hohen Niveau weiterzuführen. Das beweist ein Gutachten im Auftrag der GPA. Es kommt hinzu, dass viele Betroffene lieber die Beratungsstelle eines freien Trägers aufsuchen, als eine städtische Einrichtung wie die Erziehungsberatungsstelle. Dem Verein die Gelder zu entziehen und gleichzeitig den Mitarbeitern ein Arbeitsangebot zu machen, gleicht einer feindlichen Übernahme.

Die Eckpunkte dieses Haushaltes bergen zugleich Risiken.

So wurden die Einsparungen durch Personalreduzierungen in der Vergangenheit immer wieder durch Tariferhöhungen aufgeessen. Viele Aufgaben der Verwaltung können nicht mehr vernünftig erledigt werden. Das Wachstum endlich ist, dies sieht jeder daran, dass der Kämmerer die Gewerbesteuerschätzungen der Vergangenheit nach unten korrigiert hat. Einmal-Effekte haben ein Haushaltsplus bewirkt.

Solange die Holding nicht verantwortungsbewusst und wirtschaftlich arbeitet, wird der Haushalt immer gefährdet sein.

Deswegen lehnen wir den Haushaltsentwurf ab!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.